

11
274566

Die Revision der Friedensverträge

Von
Géza Lukács

Mit einem Vorwort
von

Dr. V. Radoslavoff
bulgarischer Ministerpräsident a. D.



Verlag von Georg Stilke / Berlin

Die Revision der Friedensverträge

Von
Géza Lukács

Mit einem Vorwort

von
Dr. V. Radoslavoff
bulgarischer Ministerpräsident a. D.



1928

VERLAG VON GEORG STILKE / BERLIN

849.511

OSZK

274.566

~~112.948~~

M. N. MUZEUM K. NYVTÁRA
L. Nyomt. Nővédeknél



Vorwort.

Wir alle, Mitglieder von Staaten, welche durch die Friedenstraktate so bitter hart betroffen wurden, sind dem Verfasser vorliegender Arbeit für seinen jahrelangen, zähen und zielbewußten Kampf im Dienste der Abänderung dieser Diktatfrieden, aufrichtig dankbar.

Vollständig einverstanden mit der, von genauer Kenntnis der großen Materie zeugenden Arbeitsmethode unseres Autors, bin ich für eine gänzliche Aufhebung der Diktate von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly, und für die Schaffung neuer, gerechter und den berechtigten Wünschen aller beteiligten Nationen Rechnung tragender Verträge.

Es müssen neue Verträge geschaffen werden, die auf Verhandlungswege zustandekommen mit der Basis jener Versprechungen, die seinerzeit die Grundlage von Waffenstillstandsverhandlungen bildeten.

Präsident Wilson, der alles andere eher, als Freund der Mittelmächte bezeichnet werden kann, der die öffentliche Meinung Amerikas schon lange vor seiner Kriegserklärung zum Kriege direkt vorbereitete, hat durch seine so verhängnisvoll gewordenen 14 Punkte selbst bei den Mittelmächten Anklang und Bereitwilligkeit zu einem Frieden gefunden.

Die Punkte des Präsidenten blieben Ideale und der Friede existiert nur auf dem Papier.

Der Völkerbund, von dessen Tätigkeit so viele so viel erwarten, könnte seinen Bestand für lange Zeit hinaus begründet sichern, wenn er die Fragen, welche die

Schaffung wirklicher Friedensverträge betreffen, in Angriff nehmen und damit den Weg zu einer gesunden Weltgestaltung und zur Genesung Europas betreten würde. In diesem Falle würden sicher auch jene Staaten dem Bunde beitreten, die heute fern von ihm stehen, und ohne deren Mitwirkung der Völkerbund nicht als ein fertiges Gebilde betrachtet werden kann.

Bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat hieß es, daß das Deutsche Reich als gleichberechtigter Faktor mit den übrigen Nationen am Verhandlungstisch sitze. Wenn dem so, warum dann noch jene Bestimmungen des Versailler Vertrages, die dieser Gleichberechtigung ebenso widersprechen, als die Bestimmungen der Trianoner, Neuillyer und St. Germainer Verträge jenen Versprechungen nicht entsprechen, die den Völkern Ungarns, Bulgariens und Oesterreichs vor den Friedensverhandlungen gemacht wurden? Warum dann noch die dem Geist der Versöhnung widersprechenden Besatzungen und Reparationslasten?

Es ist für uns eine Genugtuung, daß ein Lord für Ungarn so mutig eingetreten ist und wir erwarten mehrere Lords, die ebenso überzeugt weiter im Dienste gerechter Verträge ihr Wort erheben werden.

Ich hoffe, daß diese Arbeit mit Freuden begrüßt wird von allen Nationen, die einer Gesundung harren.

Berlin, im Dezember 1927.

Dr. V. Radoslawoff,
bulgarischer Ministerpräsident a. D.

Inhaltsverzeichnis.

Die Lage. Aufgaben	8
Unheilvolle Konstruktionen der Friedensverträge	9
Rettungsmöglichkeiten	10
Wilson. Vierzehn Punkte	11
Wilsons Prinzipien	14
Nichterfüllung der vierzehn Punkte	15
Völkerbund	20
Regelung der territorialen Fragen	21
Nationale Sicherheit	21
Wilsons „Neue Freiheit“	22
Wie ich die wirkliche Freiheit verstehe	23
 Kriegsschuldfrage	 26
Kriegsschuld und Friedensvertrag	26
Die wichtigsten Ergebnisse von der Erforschung der Kriegsschuldfrage	26
Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers	29
Europa im Juni—August 1914	29
Die österreichisch-ungarische Politik	33
Die deutsche Politik	33
Die Politik Bulgariens	36
Die Politik der Türkei	42
Das Anrufen des Vatikans in der Kriegsschuldfrage	45
Der Vatikan und die Kriegsschuldfrage	45
Die Aufwerfung dieser Frage auf dem vatikanischen Konzil	46
Der Stockholmer Kirchenkongreß	50
 Die Minoritätsverträge	 52
Der Völkerbund und die Minderheiten	54
19. Artikel der Völkerbundsatzung	55

Die Nationalitätenprobleme sind nicht gelöst	57
Die Schöpfer der Friedensverträge kannten die Mentalität der neuen Staaten nicht	57
Krieg im Frieden	59
Artikel 10 des Völkerbundvertrages	59
Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	60
Die in den Minderheitsverträgen gewährleisteten Rechte . .	65
Wird der Minderheitenschutz durch die Minderheitsverträge gesichert?	68
Die Lage der ungarischen Minderheiten	70
Die bulgarischen Minderheiten	78
<hr/>	
Die Auswirkungen der Friedensverträge	89
Die Frage der Rechtsgültigkeit der Friedensverträge . . .	90
Das Ausland zur Frage der Rechtsgültigkeit der Diktate . .	95
Vergleich mit früheren Verträgen	96
Die Folgen der Fehler bei den Verträgen	97
Der Kampf um die Wahrheit	98
Glaube und Wahrheit	99
<hr/>	
Anhang	103

Eine Bewegung ist im Gange, welche bereits führende Geister beinahe aller Völker beschäftigt. Die Devise lautet: „Vorbereitung einer neuen, glücklicheren Zukunft“. Heute noch sind diese Herren — was die staatsmännische Verantwortung anbelangt — kritisierende Beobachter! Aber morgen!?

Wann werden sie sich wohl von der Stellung des kritisierenden Beobachters zur Initiative aufraffen?!

Wenn ich hier als ein Mitarbeiter an der Vorbereitung dieser besseren Zukunft, der durch ungerechte Verträge geknechteten Völker mein Wort erhebe, so tue ich es, weil die Ueberzeugung in mir lebendig erhalten blieb, daß die in den Vororten von Paris abgeschlossenen Verträge auf die Dauer nicht haltbar sind.

Bei der Lage, in welcher Europa sich heute befindet, bei der wechselseitigen Verbindung, die das Völker-system dieses Welttheiles seit einigen Jahrhunderten gestiftet, bei der unvermeidlichen Einwirkung eines Staates auf die anderen, die dies oft gefahrvolle System geschaffen hat, sind die auswärtigen Verhältnisse eines Reiches die wesentliche Bedingung seiner inneren Wohlfahrt, und fast ohne Ausnahme die erste Quelle, woraus sein Glück oder sein Verderben herfließt, geworden. Ich werde mich daher mit den auswärtigen Relationen der einzelnen Staaten befassen müssen, um einerseits ungerechtfertigte Anklagen sachlich zurückweisen zu können, und um andererseits als Ankläger dort aufzutreten, wo die Schuld an den katastrophalen Ereignissen der Gegenwart unzweideutig zu finden ist.

Die Lage. Aufgaben.

Wir erleben eine große Periode in der Geschichte der Völker und vielleicht sind auch manche von uns mit prophetischen Ahnungen erfüllt, — aber sicher erscheint es mir, daß wir alle es lebhafter fühlen und deutlicher empfinden als je, was wir waren, was wir sind, und was wir sein wollen.

In solcher Lage ist wohl die höchste und dringendste Notwendigkeit, ja die unnachlässigste Pflicht jedes, für die Wahrheit besorgten Mannes, sich von den leitenden Ideen strenge Rechenschaft abzulegen.

Außer blinden Zufällen oder unerwartetem Zusammentreffen günstiger oder ungünstiger Umstände, besonders auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, muß es Kunst und Begabung der Staatsmänner und Politiker sein, den verschiedenen unnatürlichen Bewegungen einen Damm zu setzen. Kluge Staatenlenker dürfen, wenn der Zufall die Macht in ihre Hände liefert, selbe nie dazu anwenden, daß er alles niederreißt, was er vor sich findet. Die Natur läßt in ihren wundervollsten Metamorphosen die alte Hülle stehen, indes sie neue Zeit und Kräfte zu ihrer Vollendung gewinnt; ist diese erreicht, so sinkt das verdrängte Gewand, und nichts als ein leises Beben verkündigt durch den organischen Gliederbau, daß die Umwandlung vollbracht ist. Diesen Gang der Natur zu kopieren, ist hohe Weisheit, und nur diese Weisheit läßt dauernden Wohlstand, Sicherheit, Eintracht und Harmonie erwarten; nur diese Weisheit erhält den moralischen Charakter, ohne den die größten Staatsoperationen so wenig als die geringfügigsten Privathandlungen einen vernünftigen und einen bleibenden Wert haben.

Haben die Herren in den Pariser Vororten diese Weisheit gezeigt? Haben sie die Völker zum Wohlstand, zur Sicherheit, zur Eintracht und Harmonie geführt?

Was von dieser Weisheit abweicht, verirrt sich in gefahrvolle Labyrinth; was sie verachtet, muß in Verderben enden, wenn auch ein augenblicklicher Schimmer die Stunde seiner Geburt umgaukelt hätte.

Die Hand des Staatskünstlers muß die Geschicklichkeit besitzen, das Neue in das Alte zu verweben, und nicht in den Abgrund zu schleudern das, worin Millionen ihr Glück fanden — denn sonst verschwindet die Hoffnung, des Widerstrebenden Herz zu gewinnen, des Schüchternen Besorgnisse, des Eigennützigsten Unlust zu überwinden. Das geheimnisvolle Räderwerk, welches jeden Arm im Staate oft, ohne daß er sich des Antriebes bewußt war, für das Ganze bewegte, ist zertrümmert, — Jahre der Verwirrung müssen vorübergehen, ehe aus den zerfallenen Bestandteilen sein kunstvolles Leben wieder aufsteht.

Unheilvolle Konstruktionen der Friedensverträge.

Bei der Allgemeinheit des Uebels und daher der Universalität des Interesses an seiner ehestmöglichen Behebung, läßt sich schon heute mit Bestimmtheit feststellen, daß die unheilvollen Konstruktionen, die in die Friedensverträge Eingang gefunden haben, sich dem Werke der Regenerierung als unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen.

Die Verträge von Versailles, Trianon, Neuilly und St. Germain enthalten ein System von geographischen, finanziellen und ökonomischen Bestimmungen, die un-

bedingt zu einer gänzlichen Lahmlegung der bedeutendsten Faktoren der Weltwirtschaft führen.

Rettungsmöglichkeiten.

Diese Erkenntnis umfaßt immer breitere Schichten der Völker, und immer lauter wird der Ruf nach *Rettung*. Zahllose Konferenzen fanden seit den Diktatfrieden statt, um die verschiedensten ungelösten oder falsch gelösten Fragen — denn es sind heute in Europa nur solche — einer glücklicheren Entscheidung entgegenzuführen. Bis zum heutigen Tage ist dies nicht gelungen. Von vielen wird schon offen zugegeben, daß nur von einer gründlichen Revision aller Verträge die Heilung erwartet werden kann, viele wünschen die gänzliche Aufhebung aller Diktate und die Abschließung neuer Verträge — und endlich viele sind, die es noch nicht wagen zu gestehen, daß die Verträge, welche in den Vororten von Paris diktiert wurden, das Gegenteil dessen erreicht haben, was sie bezweckten.

Die revisionistische Bewegung möge aus dieser Lage der Dinge neue Kraft und frischen Mut schöpfen. Sie ging bisher sehr vorsichtig, und oft etwas eingeschüchtert voran! Warum?

Die guten Vorsätze, all den Gefahren entgegenzutreten, die durch die ungerechten Diktatfrieden entstanden sind, müssen mit Kraft erzogen und begleitet werden. In Zeiten, wie die gegenwärtigen sind, ist es die höchste und glücklichste Staatskunst, das, was einem gerechten Streben nach Verbesserung, oder einem Neuerungsgeist gewährt werden muß, ohne Straucheln und ohne Zögern zu gewähren. Man hat die Vorgeschichte des Krieges und die Geschichte der letztjährigen Ereignisse in allen ihren außenpolitischen Wirkungen, mit so viel Erdich-

tungen und fabelhaften Zusätzen verwebt, daß die Wahrheit in ihrer ganzen Größe ein unermesslicher Gewinn sein wird.

*

In dieser Arbeit, welche keinen Anspruch auf wissenschaftliche Bedeutung erhebt, vielmehr den praktischen Beweis der Unhaltbarkeit aller Diktate führen will, möchte ich in erster Reihe die Entstehung dieser sogenannten Friedensverträge schildern und die großen Widersprüche darlegen, die zwischen den Versprechungen des amerikanischen Präsidenten Wilson und der Wirklichkeit liegen.

Wilson. Vierzehn Punkte.

Die vierzehn Punkte, welche in der Rede des Präsidenten Wilson, die er in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Kongresses am 8. Januar 1918 gehalten hat, enthalten sind, und welche die Grundlage des Friedens hätten bilden sollen, nachdem sie als solche von den Kriegführenden betrachtet wurden, lauten wie folgt:

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer, im Frieden sowohl wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die Beseitigung, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit vereinbarte Maß herabgesetzt werden.

Punkt fünf: Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.

Punkt sechs: Wir müßten ferner die Räumung des ganzen russischen Gebiets, sowie ein Einvernehmen in allen Fragen, die es betreffen, verlangen zwecks freier Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Rußland eine unbeeinträchtigte und unbehinderte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik erringen zu helfen, um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.

Punkt sieben: Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt werden und wieder aufgerichtet werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu beschränken.

Punkt acht: Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden, sowie das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahre in Frage gestellt hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

Punkt neun: Es müßte eine Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand durchgeführt werden.

Punkt zehn: Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Punkt elf: Rumänien, Serbien und Montenegro müßten geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden. Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten, und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müßten durch freundschaftlichen Verkehr gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Nationalität bestimmt sein; auch müßten internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

Punkt zwölf: Den türkischen Teilen des gegenwärtigen osmanischen Kaiserreichs müßte unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen eine unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollten dauernd als freie Durchfahrt

unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

Punkt dreizehn: Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte errichtet werden.

Punkt vierzehn: Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Wilsons Prinzipien.

Die Prinzipien, welche der Herr Präsident der Vereinigten Staaten zur Verwirklichung der vierzehn Punkte anzuwenden in seiner Rede am 11. Februar 1918 feierlich versprach, sind die folgenden:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; daß vielmehr

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten

der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen.

Auf Grund dieser Prinzipien und in der Hoffnung der Verwirklichung der vierzehn Punkte, haben sich die Zentralmächte entschlossen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, zu einem Zeitpunkte, wo kein feindlicher Soldat den Boden auch nur eines Landes der ehemals verbündeten Mittelmächte betrat.

Ohne dazu Stellung nehmen zu wollen, ob die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson geeignet waren, die Grundlage von Verhandlungen zu bilden, oder ob es klug gewesen ist, sie als solche anzunehmen, kann man gleich auf den ersten Blick feststellen, daß kein einziger dieser Punkte in Wirklichkeit umgesetzt wurde. Die natürlichste Folgerung dieser Tatsache ist also *das Fallen der Rechtsgrundlage aller Friedensverträge*.

Nichterfüllung der vierzehn Punkte.

Ich darf wohl kurz konkrete Beweise dieser Behauptung anführen:

ad Punkt 1. darf man sich auf den Staatssekretär Lansing berufen, der es offen zugab, daß private Unterredungen und vertrauliche Abmachungen bei der Regelung schwebender Fragen verwendet wurden. Vertrau-

liche persönliche Besprechungen waren bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich und notwendig, aber die Führung der ganzen Verhandlung durch eine kleine, hinter verschlossenen Türen tagende Gruppe und die Umhüllung der Vorgänge mit dem Schleier des Geheimnisses und der Ungewißheit, machten einen sehr unglücklichen Eindruck auf jene, die nicht den geheimen Kollegien angehörten. Der Präsident umgab seinen Verkehr mit den fremden Staatsmännern mit der größten Heimlichkeit und seine geheimen Verhandlungen waren Schuld daran, daß das breitere Publikum das Vertrauen in die Wahrhaftigkeit seiner Neigung zu „offener Diplomatie“, die er so bedingungslos im ersten seiner vierzehn Punkte verkündet hatte, verlor. Mit dem Fortschreiten der Verhandlungen nahm die Heimlichkeit in den Besprechungen der führenden Männer nur noch zu statt ab, und sie gipfelte dann zuletzt in der Organisierung des Rates der Vier, dem mächtigsten und verschlossensten Kollegium von allen, die den Pariser Verhandlungen vorstanden. Hinter verschlossenen Türen sprachen diese vier Männer, die über die Politik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens die Kontrolle ausübten, das Endurteil über die Menge der Artikel, die in die Friedensverträge kamen, hielten aber ihre Entscheidungen geheim, außer vor dem Komitee, das die Artikel aufsetzte.

Besonders treffend — schon auch wegen der genauen Kenntnis der Situation — beleuchtet Lansing in seinen Tagebuchaufzeichnungen die Lage, in welche sich Wilson bei den Verhandlungen befand: „Der Präsident hat zweifellos entdeckt, daß er in einer höchst schwierigen Lage ist. Er hat sich mit Politikern, die in der Intrige geübt sind, eingelassen, und er wird finden, daß er ihnen auf diesem Boden nicht gewachsen ist. Er wird in der

Achtung der Delegierten sinken, die nicht zum inneren Kreise gehören, und was noch verhängnisvoller sein dürfte, das Vertrauen der Völker, die hier vertreten sind, wird ihm verloren gehen. Es ist ein schwerer Fehler begangen worden.“

Ich glaube, daß keine weiteren Beweise notwendig sind, um die Verletzung des ersten Punktes darzulegen.

Den sehr verklausulierten zweiten Punkt an dieser Stelle näher zu berücksichtigen, wäre überflüssig.

Ueber die Zweckmäßigkeit, ja über die Möglichkeit der Verwirklichung des dritten Punktes kann man ganz geteilter Meinung sein. Als der Herr amerikanische Präsident seine vierzehn Punkte verkündete, waren ihm ja weder die politischen noch die geographischen Grenzen bekannt, welche die Staaten nach dem Weltkriege voneinander trennen würden, so konnten ihm auch weder die Produktionskräfte noch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten bekannt sein. Ein allgemeines handelspolitisches System läßt sich auch heute für die Zukunft ebensowenig bestimmen, wie zu jener Zeit, wo die vierzehn Punkte bekannt wurden.

Der Einfluß der Schutzzoll- und der Freihandels-tendenzen wogt im wirtschaftlichen Leben auf und ab in einer ähnlichen Wellenlinie wie im staatlich-sozialen Leben der Einfluß staatssozialistischer und individualistischer Auffassung.

Im weiteren Verlaufe der kurzen Erwiderungen auf die vierzehn Punkte will ich hier jene anführen, welche Versprechungen den Völkern gegenüber enthalten, welche man auf Grund dieser Punkte zu Waffenstillstandsverhandlungen zwingen wollte, oder aber in direktem Zusammenhang mit dem Schicksal dieser Völker standen.

Im vierten Punkte verlangt der Präsident Wilson entsprechende Garantien bezüglich der Rüstungen der Völker auf das niedrigste Maß. Diese Frage wäre also Sache der Gegenseitigkeit, und eine einseitige Abrüstung — wie sie ja in Praxis feststeht — ist auf die Dauer unerträglich. Sie droht die davon betroffenen Nationen zum Objekt der Machtpolitik der anderen zu machen. Sie stärkt naturgemäß den Groll über die aufgezwungene einseitige Maßnahme und hält Revanchegefühle wach. Sie verstärkt die Spannung zwischen den Nationen, denn sie ist eine ständige Verführung und Versuchung, auch ungerechtfertigte Ansprüche aufrechtzuerhalten oder durchzusetzen. Die Ungleichheit in diesem Punkte ist der Kern alles Uebels, und die „Friedensverträge bilden“ — wie ein Amerikaner in Paris erklärte — „die größte Gefahr für den Völkerfrieden“.

Im Friedensvertrage von Versailles wird von Deutschland der Verzicht auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen verlangt. Diese Bestimmung steht in unvereinbarem Widerspruch zu Punkt fünf der Kongreßrede vom 8. Januar 1918, worin Präsident Wilson eine freie, aufrichtige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche verheißt. Die Grundlage jeder unparteiischen Regelung ist, daß vor der Entscheidung die Parteien gehört und ihre Ansprüche geprüft werden. Artikel 119 weist die deutschen Ansprüche von vornherein zurück, ohne daß Deutschland überhaupt in die Lage versetzt worden ist, sie geltend zu machen. Deutschlands Anspruch auf seine Kolonien gründet sich in erster Linie auf die Tatsache, daß es sie rechtmäßig erworben und in erfolgreicher Arbeit mit vielen Opfern entwickelt hat. Sein Besitzstand ist von allen Mächten anerkannt. Wo

Streitigkeiten mit anderen Mächten über einzelne Gebietsteile bestanden haben, sind sie im Wege der Vereinbarung oder des Schiedsspruchs beigelegt worden.

Im Punkt zehn wurde den Völkern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie die Möglichkeit der autonomen Entwicklung versprochen, ebenso auch, daß ihr Platz unter den anderen Nationen sichergestellt wird. Darüber, ob dieses Versprechen eingehalten wurde, glaube ich, sind wir alle im klaren. Der Friedensvertrag von Trianon, durch welchen Ungarn zwei Drittel seines Gebietes verlor, durch welchen kernungarische Bevölkerung — ohne Abstimmung — zu Untertanen fremder Nationen wurde, durch welchen eine der zentralsten geophysischen Gründungen Europas unmotiviert, gar ganz falsch motiviert, zerstört wurde, spricht lebhaft darüber, in welcher Weise dieser Punkt des Präsidenten Wilson verletzt wurde. Auch den Vertrag von St. Germain könnte ich hierfür als Beispiel anführen. Von diesen beiden Diktaten wie auch über den Neuillyer (bulgarischen) Vertrag wird ja noch öfter die Rede sein.

Ueber das Diktat von Sèvres glaube ich nicht sprechen zu müssen (Türkei), da es nicht mehr existiert. Bisher hat man nur mit der Türkei auf Grund von Verhandlungen einen wirklichen Friedensvertrag geschlossen, und jetzt lebt die Türkei mit ihren früheren Feinden in friedlichem Einvernehmen. (Diese Bemerkung steht im engen Zusammenhang mit dem zwölften Punkte, der das Schicksal der Türkei betrifft.)

Der letzte Punkt spricht den Wunsch nach einer allgemeinen Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen aus, zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Völkerbund.

Dieser Gedanke des Präsidenten, durch den er die Verwirklichung eines alten Menschheitsideals — des Völkerbundes — plante, hatte zweifellos viel für sich. Auf jeden Fall muß eine Art internationaler Absprache, Vereinigung oder Verständigung zur Verringerung der Möglichkeiten künftiger Kriege zustande kommen. Der Gedanke einer internationalen Organisation zur Beseitigung der unmittelbaren Kriegsursachen, einer Organisation, welche die möglichst friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten ermöglichte und die Freundschaftsbande zwischen den Regierungen enger knüpfte, fand zweifellos ein lebhaftes Echo in den Herzen der Völker Europas und Amerikas, ja, in den Herzen der Völker der ganzen Welt.

Jetzt, nach so viel Jahren der Tätigkeit des Völkerbundes, im Rahmen dessen wir so viele hervorragende oratorische Leistungen vernommen haben, müssen wir noch immer abwartende Haltung bezüglich des Urteils über seine Tätigkeit und Erfolge einnehmen. Die großen, grundlegenden Fragen, die so langsam — leider zu langsam — zu reifen beginnen, werden gewiß einmal auch an diesem Forum zur Diskussion gebracht — dann erst werden wir zur Urteilsbildung schreiten können. Mit Bestimmtheit, ohne Voreingenommenheit kann man heute nur soviel behaupten, daß in jenen Fragen, die von grundlegender Bedeutung sind und auch schon zur Verhandlung gelangen konnten, sehr geringe zufriedenstellende Erfolge zu verzeichnen sind, worüber ich noch an anderer Stelle dieser Arbeit Gelegenheit finden werde zu sprechen.

Regelung der territorialen Fragen.

Was die Prinzipien des Präsidenten Wilson anbelangt, die er in seiner Rede am 11. Februar 1918 verkündete und die sich hauptsächlich auf Regelung von territorialen Fragen beziehen, somit den Keim des ganzen Friedensgebäudes zu bilden gehabt hätten, so darf man wohl feststellen, daß dieselben nichtverwirklichte Prinzipien geblieben sind. Der Herr Präsident, wie auch das große Pariser Ratskollegium, haben bei der Aufstellung der Friedensdiktate vergessen, daß bei Regelung von territorialen Rechtsansprüchen und Fragen der Souveränität über bestimmte Gebiete verschiedene Faktoren berücksichtigt werden müssen. Internationale Grenzen können nach ethnischen, wirtschaftlichen, geographischen, historischen oder strategischen Linien gezogen werden.

Nationale Sicherheit.

Alle diese Faktoren können die Entscheidung beeinflussen, doch muß das Hauptziel bei der Souveränitätsbestimmung eines Gebietes die Wahrung der nationalen Sicherheit sein, gleichviel was sich zugunsten des einen oder anderen der ebenerwähnten Faktoren sagen lassen möge. Das Prinzip der nationalen Sicherheit spielt im Leben einer Nation dieselbe führende Rolle wie das Prinzip der Selbsterhaltung im Leben des Individuums, ja, womöglich noch eine größere, weil Nationen nicht dem Trieb der Selbstaufopferung nachgeben. Wenn man die nationale Sicherheit als den ausschlaggebenden Faktor bei der Regelung territorialer Fragen als gegeben setzt, so kann man in den meisten

Fällen folgende Reihenfolge der Wichtigkeit der einzelnen Faktoren aufstellen: Die strategische Sicherheit, die in engem Zusammenhang mit der geographischen und historischen steht; die wirtschaftliche Sicherheit mit ihren Wirkungen auf Handel und Industrie und schließlich die ethnische, zu welcher Verwandtschaft, gemeinsame Sprache und gleichartige soziale Einrichtungen gehören.

Die Verwirklichung der Prinzipien des Herrn amerikanischen Präsidenten auf diesen wichtigsten Gebieten kann nur durch eine gründliche Révision aller Friedensverträge erfolgen. Das Negativum des durch die Diktate von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly bisher Erreichten wird in dem Kapitel der Minderheitsfragen eingehender dargelegt.

Wilsons „Neue Freiheit“.

In seinem ausgezeichneten Buche über die „Neue Freiheit“, das als ein Aufruf zur Befreiung der edlen Kräfte eines Volkes bestimmt war, schrieb Präsident Wilson: „Jetzt ist der Tag gekommen, an welchem die neue Freiheit verwirklicht werden soll; jene Freiheit, welche nie aufhört, eine fundamentale Forderung des menschlichen Geistes und eine fundamentale Notwendigkeit für das Leben der Seele zu bilden. Diese Freiheit öffnet dem berechtigten Unternehmungsgeist alle Pforten, sie befreit alle Energien und feuert die edlen Triebe des Herzens an. Die neue Freiheit ist das Lied der Erlösung, in ihm waltet der Atem des Lebens. Die neue Freiheit trägt die stolze Verheißung einer Glücksmöglichkeit mit sich, deren Erfüllung unsere Aufgabe ist.“ Sehr schöne, hohe Gedanken!

Aber folgte diesen hohen Gedanken auch ihre Erfüllung? Nein!

Wie ich die wirkliche Freiheit verstehe.

Das arme und zertretene Europa ruft nach internationaler Ordnung, die Staaten in ihm nach nationalem Aufbau! Die Fesseln unnatürlicher Staatsbildungen werden an sich zersprengt. Die nationalen Lebenskräfte dürfen künstlich nicht unterbunden werden, sie sehnen sich nach Licht und Luft.

Die Erstarkung des Staatsgedankens auf nationaler Grundlage und die dieser Grundlage entsprechende Politik realer Interessenverfolgung ist der Weg, den die Staaten auf dem Gebiete der Anknüpfung internationaler Beziehungen zu gehen haben.

Mit der gewiß idealen Auffassung des Präsidenten Wilson über die „Neue Freiheit“ wurde eigentlich ein leichtfertiges Spiel getrieben, und dieses Spiel führte oft in turbulentem Ausbruche zum Kampfe gegen die Autorität. Dieser Kampf wurde eine allgemeine Gefahr für die menschliche Gesellschaft — er wurde hier tobender, dort ruhiger ausgefochten, und wie oft störte er die bürgerliche Gewalt, auf welcher vorzugsweise die öffentliche Wohlfahrt ruhen muß.

Das Erwachen zu einem schmerzhaften Bewußtsein naht, und das wird die Geburt neuer, glücklicher konstruierter Friedensabmachungen werden.

Bei dem Neuaufbau der Staaten muß die Gerechtigkeit nicht nur ein Gedanke sein, sondern eine lebendige Kraft; damit für die ständige Ausbildung des Menschenlebens die Aufgabe erkannt wird, wonach in die positiven Rechtsordnungen im Staate das Gesetz der Gerechtigkeit einzuführen sei. Das Herrschen durch Gerechtigkeit erfüllten Rechtes würde denjenigen peremptorischen Rechtszustand für die menschliche Gesellschaft bedeuten,

in welchem auch die äußere Gesetzgebung eine hohe Vollendung erreicht.

Die großen Umwälzungen, die in Europa nach den sogenannten Friedensschlüssen zum großen Teile sogar infolge derselben eintraten, sind auch auf die großen Irrtümer zurückzuführen, welche bei der Beurteilung der sozialen Probleme entstanden. Eine große Aufgabe der Zukunft wird die Versöhnung der Klassen sein, die in erster Reihe durch die Abschwächung der Gegensätze, zunächst durch die Festigung jener höheren Gemeinschaften zu erstreben ist, in welchen die verschiedenen Klassen sich zusammenfinden, durch Stärkung der Staatsgemeinschaft, der volkswirtschaftlichen Einheit, der Berufsgemeinschaft dort, wo verschiedene Klassen in dem gleichen Berufe zusammenarbeiten. Ueberwindung der sozialen Schichtung nach dem Besitz durch eine Schichtung nach der ökonomischen und sozialen Funktion, wie sie dem organischen Charakter der Gesellschaft entspricht, und die auch der Würde des Arbeiters gerecht wird, das ist das große Problem unserer Zeit. Klassen und Klassenverbände können ihre geschichtliche Berechtigung und für die Entwicklung der Gesellschaft hochbedeutsame Aufgaben haben. In dieser Voraussetzung wird ihre Kräftigung wünschenswert und erstrebenswert sein.

Die allgemeine Wohlfahrt besitzt sichere, ja, die besten Garantien dort, wo ein sittlich hochentwickeltes, in seiner breiten Masse pflichtbewußtes Volk in treuer Hingabe an die Arbeit und den Beruf, um des Gewissens willen auf jedes unruhige Hasten nach maß- und mühelosem oder gar ungerechtem Gewinn verzichtet, wo man Rücksicht nimmt auf der anderen Bürger Wohl, das Gedeihen des Ganzen.

Dem alles überschwemmenden und alles mit sich fortreißenden Strome der Irrtümer und Täuschungen unserer Zeit mögen sich die Völker mutig entgegenstellen. Aus der gegenwärtigen Bewegung der Geister muß eine glückliche Lösung auch für das jetzige Geschlecht hervorgehen.

Von dem unbedingten Siege des Guten und Gerechten erwarten wir die Heilung, die erkämpft werden muß im Zeichen des Glaubens, der eine helle Leuchte ist, in deren Strahlen Freiheit und Bürgertugend am besten gedeihen. —

Kriegsschuldfrage.

Ich will mich an dieser Stelle mit dem bisher meist besprochenen, seit dem Friedensschluß akut gewordenen Problem befassen, mit einem Problem, dessen gerechte Bereinigung die gesamten Friedensdiktate wohl ins Wanken bringen könnte; mit dem Problem der Kriegsschuldfrage.

Neues werde ich auf diesem Gebiete nicht mitteilen können; die zivilisierte Welt sieht schon klar in dieser Frage, und sie wird nicht mehr lange mit ihrem endgültigen Urteil zurückhalten dürfen. Und dann werden wohl die Kabinette und der Völkerbund zu Worte kommen.

Kriegsschuld und Friedensvertrag.

Die ungeheure Schuld der alleinigen Verantwortung am Kriege, die in den Paragraphen 231 des Versailler, 161 des Trianoner, 173 des St. Germainer und 121 des Neuillyer Vertrages auf Deutschland, Ungarn, Oesterreich und Bulgarien gewälzt wurde und so als Grundlage der unerträglich harten Friedensbedingungen diente, muß im Sinne der Gerechtigkeit geklärt und revidiert werden.

Die wichtigsten Ergebnisse von der Erforschung der Kriegsschuldfrage.

(Zuerst will ich die Ergebnisse in kurzen Sätzen und dann zusammenhängend darstellen.)

1. Die Einkreisungspolitik Eduards des Siebenten.
2. Die Aera Iswolski-Poincaré.

Die Umwandlung des russisch-französischen Bündnisses von einem defensiven in ein offensives — von einem Instrument zur Erhaltung des Friedens in ein Kriegsinstrument.

3. Die franko-russische Balkanpolitik.
4. Die Schöpfung des Balkanbundes unter russisch-französischem Protektorat.
5. Das Schiedsrichteramt des russischen Kaisers (betreffend Streitigkeiten unter den Balkanverbündeten).
6. Die Kenntnissnahme Englands von dem Zustandekommen des Balkanbundes.
7. Der erste Balkankrieg.
8. Die Intentionen Rußlands und Frankreichs, Serbien eine Hegemonie auf dem Balkan zu sichern.
9. Der zweite Balkankrieg. Das Versagen des russischen Kaisers in seiner Arbiterrolle.
10. Der Streit um Kavala und Adrianopel — die Verschiedenheit in den Auffassungen Frankreichs und Rußlands — warum Frankreich den russischen Standpunkt nicht teilt.
11. Der Frieden von Bukarest. Großserbien im System der Balkanetappe.
12. Die Verschwörung in Serbien gegen den Erzherzog Franz Ferdinand — die „schwarze Hand“:
 - a) die Vorbereitung durch Generalstabsoffiziere;
 - b) die Mitwisserschaft der Regierung;
 - c) das Geschehenlassen.
13. Mitwisserschaft der russischen Regierung.
14. Die unbedingte Unterstützung Serbiens durch Rußland.
15. Die Zerstörung der Lokalisationsmöglichkeiten.

16. Die russische Mobilmachung. „Die Mobilmachung bedeutet Krieg“ — laut russischen offiziellen Instruktionen.
 17. Das Verhalten Frankreichs. Démarche des österreichisch-ungarischen Botschafters in Paris.
 18. Die Mobilmachungen. Chronologie.
 19. Der Krieg. Das System der Bündnisse der Entente.
 20. Das Kriegsprogramm der Entente.
 - A. a) die Zerstörung der deutschen Machtstellung und der Einheit des Deutschen Reiches;
 - b) Elsaß-Lothringen;
 - c) das Rheinland;
 - d) die Kolonien.
 - B. a) Oesterreich-Ungarns Aufteilung;
 - b) Neugestaltung der Länder der Doppelmonarchie.
 - C. a) die Aufteilung der Türkei;
 - b) die Antretung der Erbschaft der türkischen Länder.
 21. Erweiterung. Ergänzung, aber auch Schmälerung des Kriegsprogramms der alliierten und assoziierten Mächte durch die Friedensverträge:
 - a) Deutschland;
 - b) Oesterreich-Ungarn;
 - c) Bulgarien;
 - d) Türkei.
-

Mit diesen wichtigen Ergebnissen der Erforschung der Kriegsschuldfrage sind im Zusammenhange jene Tatsachen, die man unumstößlich als die wahren Ursachen des Weltkrieges bezeichnen kann.

Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers.

Die Ermordung des österreichisch - ungarischen Thronfolgers und die Ueberreichung des Ultimatums in Belgrad schufen eine europäische Lage und wurden der Anlaß zu aufgeregten und aufregenden Verhandlungen. Sie wollten offiziell einen modus vivendi für das aufgestörte Europa finden. An seiner Statt schufen sie den casus belli. Sie wollten Friedensverhandlungen sein, und sie wurden zu Kriegsverhandlungen.

Europa im Juni-August 1914.

Es ist schwierig, die tieferen Ursachen zu erklären, aus denen Europa der Monate Juli-August 1914 hervorging. Heute liegen aber schon so viel unbezweifelbare Dokumente vor, daß auch diese Schwierigkeit als überbrückt betrachtet werden kann. Darf man nicht den ganzen weiten Weg überschauen, der vom fernen Horizont eines heute sagenhaften Friedens auf die Schlachtfelder führt, so ist es erlaubt, die letzte Wegstrecke, die als Folge von jahrzehntelang vorbereiteter Politik anzusehen ist, zu überblicken. Die Wegstrecke, deren Meilensteine das Datum des 28. Juni, 23. und 25. Juli, des 1., 3. und 4. August führen. Dieser Ueberblick und diese Prüfung kann auf jede künstliche und kunstfertige Konstruktion verzichten. Das vorhandene Material ist so groß und kompliziert, daß ich an dieser Stelle nur das Endbild werde wiedergeben können. Die Veröffentlichungen der Entente können nur im Zusammenhang miteinander berücksichtigt werden. Englands Veröffentlichungen zum Beispiel bedürfen der Korrektur durch Frankreichs Publikationen, und zwar nicht nur für die Erkenntnis der allgemeinen euro-

päischen Verhandlungen, sondern für wichtige Entschlüssen und Aeüßerungen der englischen Politik selbst. „Ohne Englands Akten wiederum bleibt Frankreichs, bleibt vor allem Rußlands Politik im Dunkeln. Aus englischen Veröffentlichungen erhellt die Entstehung, ja, erst die Existenz gewisser russischer Schritte, die für Rußlands Politik ausnehmend wichtig sind. Aus den russischen Veröffentlichungen erfahren wir, wie entschlossen Frankreich war, Rußland in einer Aggression gegen Deutschland zu fördern, während Frankreichs Veröffentlichungen wieder wichtige Daten über Rußlands Politik geben. Wir lesen ferner in denselben, wie eifrig Frankreich daran arbeitete, England in den Strudel zu ziehen. Die deutschen Materialien und die österreichisch-ungarischen Dokumente müssen andere Lücken der Dreiverbandsveröffentlichungen ausfüllen. Sie müssen Englands Dokumente über die deutsch-englischen Verhandlungen und die belgische Frage, vor allem aber die Frage der französischen Neutralität ergänzen, sie müssen Rußlands Schweigen über seine konsequente Ablehnung aller österreichisch-ungarischen Friedensbemühungen und ihrer wachsenden Nachgiebigkeit aufdecken. Sie müssen Frankreichs Ablehnung des deutschen Friedenswillens, seinen Entschluß, nicht neutral zu bleiben, sondern aus eigenem Willen in den Krieg einzutreten, unterstreichen und die französische Darstellung über den Abbruch der deutsch-französischen Beziehungen richtigstellen. Auch die Akten (soweit sie bekannt sind) der dem Dreiverbände verbündeten Staaten sind zur Ergänzung der Dreiverbandsakten nötig. Belgien muß den Beweis liefern, daß die Frage des belgischen Widerstandes gegen Deutschland zuerst von London und Paris aus ventiliert wurde (wie dies später aus den Akten der Gesandtschaftsarchive festzustellen

war), ehe sie noch in Brüssel spruchreif war, wie auch England in diesem Zusammenhang Frankreich belastet. Serbien dokumentiert endlich die österreich-ungarisch feindliche Haltung der russischen und der französischen Regierung lange vor Ueberreichung des Ultimatums, kurz nach der Ermordung des Erzherzogs. So will es ein merkwürdiges Schicksal, daß die wichtigsten Züge der Politik eines jeden der Dreiverbandstaaten nicht immer aus seinen eigenen Akten, sondern den Akten seiner Verbündeten ersichtlich sind. Soviel die bisher veröffentlichten Akten des Dreiverbandes aber auch verschweigen, viel sagen sie doch noch. England sagt deutlich, daß es von Anfang an eingesehen, daß die Verantwortlichkeit für den Ausbruch eines Krieges bei Rußland ruht, falls es mobilisiere. England gesteht, daß es unbedingt, falls der Krieg ausbrechen sollte, an Rußlands und Frankreichs Seite kämpfen wird. England gibt zu, daß es kein Neutralisierungsabkommen mit Deutschland will, selbst, wenn dieses Abkommen Frankreich und Belgien, ja der Welt den Frieden bewahrt. England gesteht, daß es ihm möglich gewesen wäre, Belgien zu retten, und es darauf verzichtete, um die Hände frei zu behalten. Rußland war in gewissen Stunden nicht minder freimütig. Es gesteht zwar nicht, aber aus der ganzen vorkriegerischen Haltung der russischen Diplomatie geht klar hervor, daß der Sieg des Balkanbundes für die zügellosen Ambitionen Rußlands den Weg öffnete. Kurz nach dem Balkankriege fragte der serbische Gesandte in Berlin den französischen Botschafter Cambon, „ob Deutschland gegebenenfalls einen Krieg zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn als *casus foederis* auffassen würde“ (zitiert bei Siebert, Seite 580). Da es unmöglich war, den russischen Angriff gegen die österreichisch-ungarische Monarchie von einem *casus foederis* seitens Deutschlands zu

trennen, wendete sich Rußland an seine Verbündeten im Westen.

Die Unterstützung der russischen Pläne seitens seiner westlichen Verbündeten schloß in sich auch die Sicherung einer bewaffneten Hilfe von englischer Seite, und am 20. November 1912 war Graf Benckendorf (der russische Botschafter am englischen Hofe) in der Lage, zu berichten, daß Grey ihm versichert hätte, wonach England unter speziellen Bedingungen in den Krieg eintreten würde. Die erste Bedingung wäre, daß „durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird; und zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner falle“.

Aus den russischen Veröffentlichungen geht weiter hervor, daß es Serbien auf jeden Fall helfen will, daß es also alle Verhandlungen, deren Voraussetzung immerhin eine österreichisch-ungarische Aktion gegen Serbien war, als null und nichtig betrachtet. Es läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß es alle Konzessionen, zu denen die anderen Regierungen Oesterreich-Ungarn überreden, von vornherein ablehnt, daß es nur ein Ziel hat: völliges Nachgeben und Zurückweichen Oesterreich-Ungarns oder den Krieg. Es gesteht ebenfalls offen ein, daß Deutschlands Bemühungen, Rußlands Mobilmachung zu verhindern, nur diese Mobilmachung beschleunigen werden. Es erzählt ruhig, wie wichtig Frankreichs bedingungslose Unterwerfung unter die russische Politik für Rußlands Intransigenz war. Auch aus Frankreichs Haltung ersehen wir, daß es bereits vor der Ueberreichung des Ultimatums mit Rußland und England eine gemeinsame Politik gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland festgelegt hatte, daß der berühmte Konferenzvorschlag in Wirklichkeit durchaus

das Gegenteil dessen bezweckte, was er vorgab, daß Frankreich alle Friedensbemühungen in Paris ablehnte und nur für das Zustandekommen der russisch-englisch-französischen Allianz auf dem Schlachtfelde arbeitete und mit Oesterreich-Ungarns Zerfall im Kriegsfall rechnete.

Wie sah demgegenüber das Bild der vorkriegerischen politischen Lage bei den ehemaligen verbündeten mitteleuropäischen Staaten aus?

Die österreichisch-ungarische und die deutsche Politik.

(nur ganz kurz, weil gut bekannt)

Oesterreich-Ungarns Politik war keinesfalls kriegerisch, weder seinen großen noch seinen kleinen Nachbarn gegenüber. Das an Serbien gerichtete Ultimatum hatte keinen solchen Charakter, wonach man auf kriegerische Absichten hätte schließen können. Das Ultimatum mußte gerecht und, der furchtbaren Mordtat von Serajewo entsprechend, energisch abgefaßt werden.

Die Ansicht, wonach in der ganzen Welt die Auffassung geherrscht hätte, daß das Ultimatum den Krieg bedeute, ist nicht stichhaltig. Zum Beweise hierfür darf ich vielleicht zwei englische Pressestimmen anführen (sie sind in der Schrift Professor Meineckes, „Probleme des Weltkrieges“, enthalten). Die „Pall Mall Gazette“ am 24. Juli: „Es ist unleugbar, daß Belgrad die Pflanzschule der Verschwörung gegen die Ruhe des Nachbarstaates ist. Es ist die Pflicht der serbischen Regierung, sich nicht nur selbst von solchen Machenschaften fernzuhalten, sondern ihnen auch den Schutz ihrer Jurisdiktion zu verweigern. Oesterreich-Ungarn ist berechtigt, die strikte Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern, und wir erwarten, daß die Antwort auf seine

Aufforderung auf seiten der Regierenden Serbiens die ehrliche Bereitschaft zeigen wird, das Land von dieser Anklage zu reinigen.“

Am 25. Juli heißt es in der „Daily News“: „Oesterreich-Ungarns Forderungen enthalten nichts, was wirklich unerträglich wäre. Seine Entrüstung sei natürlich und nicht ungerecht, und Serbien täte am besten, sich prompt zu unterwerfen. Verhandlungen können später erfolgen.“

Die Ursache für den österreich-ungarisch-serbischen Krieg war nur die feindliche Haltung des Dreiverbandes Oesterreich - Ungarn gegenüber. Benutzte aber Oesterreich - Ungarn etwa den Vorwand seines Streitfalles mit Serbien nur, um Rußland zum Kriege zu provozieren? „Die Akten der Zentralmächte werden vollauf durch die des Dreiverbandes dahin bestätigt, daß Oesterreich-Ungarn nichts ferner lag, als einen Krieg mit Rußland herbeizuführen. „Oesterreich-Ungarn vertraute gemeinsam mit Deutschland auf eine europäische Solidarität, die es völlig ausschließen würde, daß irgendeine Großmacht der Monarchie in der Ausübung ihrer Polizeimaßnahmen in den Arm fallen könne. Als dieser Glaube sich trügerisch erwies, als Rußland seine Intervention proklamierte und den ganzen Fall als eigene Bedrohung ansah, tat die österreichisch-ungarische Regierung alles, was in ihrer Macht stand, um Rußland zu versöhnen und zu beruhigen. Sie ließ die Frist verstreichen, ohne zu militärischen Maßregeln zu greifen. Sie gab auf Initiative des ungarischen Ministerpräsidenten Rußland die feierliche Versicherung, daß sie weder die Unabhängigkeit noch den territorialen Bestand Serbiens und überhaupt den Status quo auf dem Balkan antasten werde. Deutschland erklärte sich bereit, die Garantien dafür zu übernehmen.“

Worin bestand also die aggressive Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie? Vielleicht in dem Vorgehen gegen Serbien? Dieses Vorgehen war aber durch Serbiens Haltung bedingt worden und wurde mit allen Vorsichtsmaßregeln, mit allen Möglichkeiten einer europäischen Verständigung umgeben. Es war nicht Oesterreich-Ungarns Schuld, wenn Serbien durch den Dreiverband unterstützt, den österreich-ungarisch-serbischen Krieg unvermeidlich machte und wenn Rußland, durch Frankreich und England ermuntert, keine Verständigung mit Oesterreich-Ungarn wollte.

„Deutschland verfocht das Lokalisationsprinzip. Von der ersten Stunde an stellte sich Deutschland auf einen rein europäischen Standpunkt, auf den Standpunkt einer europäischen Kulturgemeinschaft, die unterschiedslos Oesterreich-Ungarns Rolle als Vertreter staatlicher Ordnung und staatlicher Moral in seinen Forderungen an Serbien billigen müsse. Es war nicht Deutschlands Schuld, wenn Frankreich und England sich nicht zu diesem hohen Standpunkt aufschwingen konnten, sondern sogleich die Situation unter dem Gesichtswinkel ihrer ureigensten politischen Interessen und Bestrebungen betrachteten.

Aus den bisher veröffentlichten Akten (siehe: Veröffentlichungen) kann man folgende Vorwürfe gegen Deutschland und Oesterreich - Ungarn entnehmen: 1. Oesterreich-Ungarn wagte es, von Serbien, dem Schützling Rußlands, Rechenschaft zu fordern, 2. Deutschland ließ Oesterreich - Ungarn nicht im Stiche, 3. die verbündeten mitteleuropäischen Staaten glaubten nicht an die Doktrine vom slawischen Protektorat Rußlands über Serbien, 4. sie wollten nicht ungerüstet die Vollendung der russischen Mobilmachung abwarten.

Die Entente klagt Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten an, die Schuld am Kriege zu haben.

Aus den bisherigen Veröffentlichungen läßt sich aber unzweifelhaft das Gegenteil feststellen:

„1. Daß Rußland unbedingt Serbien kriegerisch unterstützen sollte und durch die allgemeine Mobilmachung Deutschland zur Kriegserklärung zwang, 2. daß Frankreich, nachdem einmal die Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges bestand, nichts tat, um diese Möglichkeit oder wenigstens die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges zu verhindern, sondern von vornherein Deutschlands Friedensbemühungen ablehnte, Rußland blindlings folgte und sich weigerte, neutral zu bleiben, und 3. daß England, nicht Deutschland, den deutsch-englischen Krieg entfesselte, und einem Lande den Krieg erklärte, das unbedingt mit ihm in Frieden leben wollte, damit eine Krisis krönte, die es ohne seine strikte Dreiverbandspolitik hätte vermeiden können, und einen Kriegsvorwand wählte, der erst den englischen Willen zum Kriege zur Voraussetzung hatte“.

Die Politik Bulgariens.

Sowohl die bekannten Bestimmungen des Artikels 231 des Versailler Vertrages als auch die des Artikels 121 des Friedensvertrages von Neuilly gehen von der Voraussetzung der Schuld Bulgariens am Kriege aus, welche darin bestehen soll, daß Bulgarien sich an einem Angriffskrieg, den die Zentralmächte gegen die Entente und ihre Verbündeten geführt haben, angeschlossen hat. Was den ersten Punkt dieser Feststellung betrifft, namentlich die Behauptung, daß die Zentralmächte einen Angriffskrieg gegen die alliierten und assoziierten Mächte geführt haben, so hat die Forschung der Kriegs-

ursachen nicht nur die These der Alleinschuld der Zentralmächte an dem Ausbruch des Krieges widerlegt, sondern auch die Anhaltspunkte für die Schuld der ententistischen Politik zur Vorbereitung und Verursachung des großen europäischen Konfliktes erbracht.

Wenn man dagegen die Frage des Anschlusses Bulgariens an die Seite der Zentralmächte behandeln will, so muß man stets die Verquickung dieser Frage mit dem Problem des Balkankrieges von 1912 in Betracht ziehen. Hier soll nicht eine Rechtfertigung der Aggressivität der übrigens von nationalen Motiven geleiteten bulgarischen Politik zur Zeit des Abschlusses des Balkanbundes gesprochen werden, möge diese Frage dahingestellt bleiben, und es sei vielmehr die andere Seite der ganzen Angelegenheit hervorgehoben: der Balkanbund ist nicht nur als eine reine balkanische Sache anzusehen, sondern als eine Etappe des großen Krieges im Interesse der franco-russischen Politik, als welche er gedacht und ins Werk gesetzt worden, als ein Werkzeug in den Händen der Hauptmächte der Entente, das Poincaré selbst noch damals sehr treffend als ein „instrument de guerre“ bezeichnet hat, und der unter der Initiative und Oberleitung der russischen Diplomatie „immer nur im Verfolg der sich zu kriegerischen Handlungen vorbereitenden russischen Politik zustande gekommen ist“ — um einen Ausdruck des russischen Botschafters in Paris, Iswolsky, zu gebrauchen (Brief an Sassonow vom 18. Juli 1912). Vor allen Dingen war der Balkanbund — und Krieg dazu bestimmt, die Machtstellung der Türkei zu schwächen und sie aus Europa zu verdrängen, sodann aber die Schöpfung einer solchen balkanischen Macht, welche in Gestalt von Serbien den Plänen der franco-russischen Politik für die Zukunft entsprechend eine gewichtige Rolle bei der Entfaltung des großen europäi-

schen Konflikts spielen sollte. „Der große Kampf des Slawentums mit dem Germanentum“, und die Bestimmung Serbiens, „die gewichtigsten Ereignisse abzuwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen“ (Telegramm des serbischen Gesandten in Bukarest an den Außenminister in Belgrad vom 26. November 1912), vorbereitend, billigte die russische Politik auch die Nichterfüllung des serbisch-bulgarischen Vertrages seitens Serbiens und das Versagen des vertragsmäßigen Schiedsspruches des russischen Kaisers betreffs der zwischen Serbien und Bulgarien entstandenen Streitigkeiten.

Einer kritischen Betrachtungsweise in Bezug auf den Ausbruch des zweiten Balkankrieges im Jahre 1913 wird sofort der ehrliche Wille Bulgariens am Beginn des Balkankrieges in die Augen springen, sobald man den Standpunkt Bulgariens, welcher zum „interalliierten Kriege geführt“ hat, nämlich das Verharren bei dem Verlangen nach der loyalen Erfüllung des serbisch-bulgarischen Vertrages in Betracht zieht. Daß eigentlich die russische Diplomatie, nachdem die erwähnten Ziele erreicht wurden, vielmehr auf eine systematische Schwächung und Bedrückung des nur an seine eigenen nationalen Ziele denkenden Bulgariens bedacht war, mögen unter anderem folgende Ausführungen bezeugen: Schreiben Iswolskys an den russischen Außenminister vom 14. August 1913: „... Es will mir im Gegenteil erscheinen, daß sich die Ereignisse äußerst vorteilhaft und günstig gestaltet haben. So betrübend der zweite Balkankrieg in rein menschlicher und gefühlsmäßiger Hinsicht auch ist, so hat er uns doch der sehr schweren Verpflichtung überhoben, die Aufteilung Mazedoniens unter die Verbündeten auf uns zu nehmen. Diese Aufgabe war völlig unlösbar und hätte uns mit einem Schlage mit

allen Balkanstaaten verfeindet. Ich habe in meinem Leben viel und lang mit Balkanpolitikern gesprochen und war stets davon überzeugt, daß eine friedliche Aufteilung unmöglich ist. Und wenn Bulgarien siegreich aus dem zweiten Balkankriege hervorgegangen wäre, so wäre dies meiner Ansicht nach für uns äußerst gefährlich und nachteilig gewesen . . .“ Das Schreiben des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 3. April 1914: „So beklagenswert auch der zweite Balkankrieg vom Standpunkt des Slawentums gewesen ist, so kann man doch nicht leugnen, daß das Resultat dieses Krieges, soweit die speziellen russischen Interessen in Frage kommen, für uns vorteilhaft gewesen. In der Tat, was wäre geschehen, wenn in Sofia beim Abschluß des Waffenstillstandes mit der Türkei die Stimme der Vernunft gesiegt hätte und die bulgarische Regierung bereit gewesen wäre, die berechtigten Forderungen Serbiens hinsichtlich der Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Vertrages und die völlig unberechtigten, aber verhältnismäßig bescheidenen Forderungen Rumäniens anzunehmen? Bulgarien wäre, was Ausdehnung seines Territoriums und Stärke seiner Bevölkerung anbelangt, der größte Balkanstaat geworden; Rumänien hätte sich beeilt, sich ihm zu nähern, wahrscheinlich auch die Türkei, und wenn schließlich auch noch eine Annäherung an Oesterreich-Ungarn stattgefunden hätte . . ., so würde sich auf dem Balkan ein uns feindlicher Block gebildet haben, der aus Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Türkei bestanden hätte.“

Man braucht kaum an die Bestimmungen des Bukarester Friedens von 1913 zu erinnern, wonach das von allen seinen Nachbarn überfallene Bulgarien nicht nur

um den Preis des Sieges gebracht wurde, sondern auch Gebiete von seinem eigenen Lande abtreten mußte.

Als dann im Juni 1914 das Attentat von Serajewo dem Weltfrieden den tiefen Einbruch versetzte, befand sich Bulgarien in einer Lage zwischen Scylla und Charybdis, welche sein neutrales Verhalten auf die Dauer unmöglich machte. Täglich den Gefahren ausgesetzt, ein Theater des Krieges zu werden, unter der schweren Depression des Bukarester Friedens, sah sich Bulgarien sowohl berechtigt, wie auch verpflichtet, die Revision des Friedensvertrages von Bukarest anzustreben, welche Revision mit einer Revindikation Mazedoniens gleichbedeutend war.

Die Verhandlungen, die die bulgarische Regierung diesbezüglich mit den Ententemächten geführt hat, haben keine positiven Ergebnisse gehabt, und alle Versuche zur Wiedergutmachung des Bulgarien zugefügten Unrechts sind an dem festen Unwillen der serbischen Regierung gescheitert. Noch zur Zeit, wo der bulgarischen Regierung weitgehende, aber leere Versprechungen gemacht wurden, wurde auch die berühmte Resolution des serbischen Parlaments verkündet, welche den festen Willen Serbiens bekundete, keine Konzessionen an Bulgarien bezüglich Mazedonien zu machen.

Dazu wird man auch noch den ultimativen Charakter der Note des russischen Gesandten in Sofia vom 4. Oktober 1915 berücksichtigen müssen: „Der kaiserliche Gesandte hat den Befehl, Bulgarien mit seinem Personal und dem russischen Konsulat zu verlassen, wenn binnen 24 Stunden die bulgarische Regierung nicht offen die Beziehungen zu den Feinden des Slawentums und Rußland abbricht . . .“, zu dem noch die Ansammlung der serbischen Truppen längs der ganzen bulgarischen Grenzen und die förmliche Herausforderung Bulgariens

durch den Anfang der kriegerischen Handlungen, die Serbien unter dem Vorwand von präventiv verhüteten Maßnahmen gegen Bulgarien eingeleitet hat, hinzukommen.

Somit ist die Einmischung Bulgariens in den großen Krieg bestimmt, und wenn man die Ziele der bulgarischen Politik betrachtet, so wird man zu dem unbedingten Schluß kommen müssen:

Bulgarien hat nichts mehr als eine Politik der nationalen Verteidigung und der Vereinigung der Bulgaren getrieben.

Bulgariens Ansprüche und Vorgehen im Jahre 1915 waren nicht gegen die Mächte der Entente gerichtet, sondern galten der Revision des Vertrages von Bukarest.

Das Ultimatum der Entente vom 4. Oktober 1915 und der Angriff der serbischen Truppen vom 14. Oktober 1915 haben den Krieg unvermeidlich gemacht.

Eine Einigung zwischen Serbien und Bulgarien hätte aber nur dann erzielt werden können, wenn die beiden Staaten unmittelbar unter sich verhandelt hätten. Das ist aber durch den festen Unwillen Serbiens nicht erreicht worden.

Die Kriegsziele der bulgarischen Politik sind bereits durch die Bestimmungen des Bukarester Vertrages gezeichnet worden. Die größte Rechtfertigung dieser Politik findet aber in der Zeit nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Neuilly in der Tatsache, daß die mazedonische Bevölkerung in ihrer lebendigen Kraft einen großen revolutionären Kampf aufgenommen hat — zur Erreichung ihrer sittlich nationalen Ziele.

Die fernere Bedeutung dieser Politik liegt aber auch in dem Kampf Bulgariens gegen den russischen Imperialismus, dessen Ziele die Eroberung Konstantinopels und die Vormachtstellung Rußlands auf dem balkanischen

Gebiete der Meerengen waren. Daß die Aggressivität der russischen Politik in diesem Sinne, für die wohl kein Zweifel nach der Oeffnung der russischen Archive geblieben ist, auch Bulgarien zwingen mußte, als Beschützer Konstantinopels mit der Türkei zu gehen, lag ja klar auf der Hand.

Die Politik der Türkei.

Hierin muß man aber auch den Kern der Beziehungen der Türkei zu den Mächten der Entente suchen. Es dürfte bekannt sein, daß der Friedensvertrag von Sèvres von der nämlichen Voraussetzung der Kriegsschuld der Türkei ausgegangen ist. Indes ist demgegenüber die Politik der Entente bzw. Rußlands daraufhin gerichtet gewesen, den „kranken Mann am Bosphorus“ nicht nur von Europa verdrängen zu lassen, wozu in erster Linie die Schaffung des Balkanbundes und die Entfaltung des Balkankrieges gedacht und ins Werk gesetzt wurden, sondern die Auflösung des ottomanischen Reiches herbeizuführen.

Es mögen hierbei folgende Schriftstücke angeführt werden, die den Zusammenhang der türkischen orientalischen Frage mit der Frage des Ausbruches des allgemeinen europäischen Konfliktes erweisen: Bericht Sassanows an den Zaren vom 8. Dezember 1913, in welchem „die Möglichkeit einer endgültigen Auflösung des ottomanischen Reiches“ in Betracht gezogen wird, und wo es weiter heißt: „Die Zweifel an der Dauer und Lebensfähigkeit der Türkei lassen für uns die historische Frage der Meerengen und der Bedeutung ihres Wertes für uns in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wieder aufleben. . . . Derjenige Staat, der die Meer-

engen im Besitz hat, wird nicht nur den Schlüssel zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer in der Hand haben, er wird gleicherweise den für die Durchdringung Kleinasiens und die Oberherrschaft über die Balkanländer besitzen. . . . Ferner muß ich wiederholen, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen kann. Diese Verwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden . . .“

Und schon am 4. März 1915 wurde unter den Ententemächten das Folgende vereinbart: „Rußland erhält Konstantinopel, das westliche Ufer des Bosphorus, des Marmarameeres und der Dardanellen, Südthrazien bis zum Tal Enos-Mydia, das kleinasiatische Ufer zwischen dem Bosphorus, dem Flusse Bakaria und einen Teil des Golfes Ismit, der später näher bestimmt wird, die Inseln im Marmarameer sowie die Inseln Imbros und Tenedos.“ (Memorandum, Arrangement au sujet de Constantinople et des Détroits — Dipl. secrète Dr. Hanson 1918. Seite 32, Nr. 3.)

Nach einer Verständigung im Frühjahr 1916 zwischen Rußland, England und Frankreich erhielt Rußland noch: „die Landkreise Erzerum, Trapezunt, Bittlis, nebst Kurdistan im Norden bis zur Linie Musch—Sert—Amedya—Persische Grenze“ (Geheimdokumente aus dem Archiv des russischen Ministeriums des Aeußeren, Berlin, Seite 8; Acquisitions-Projetées aux dépens de la Turquie etc., Karte 3).

Auf Grund derselben Verständigung erhielt Frankreich: „den Küstenstreifen von Syrien, das Vilajet Adana und ein Landgebiet, begrenzt im Süden durch die Linie Aintab—Mardin bis zur zukünftigen russischen

Grenze und im Norden durch die Linie Aladag—Kassarya—Akdag—Ildizdag—Sara—Ogin—Harpud“.

Auf Grund eben dieser Vereinbarung fiel an England: „Der südliche Teil Mesopotamiens mit der Stadt Bagdad, indem es die Häfen Haifa und Akka in Syrien für sich behält“. Wenn man das Angeführte in Betracht zieht, so sieht man klar, daß es für die Türkei eine Sache der Notwehr und der Pflicht zur Selbsterhaltung gewesen ist, welche sie bestimmt haben, Hand in Hand mit den Zentralmächten zu gehen, um dem gegen ihre Existenz gerichteten Attentat vorzubeugen.

Man weiß allerorts, daß im Verfolg dieser nationalen Selbsterhaltungspolitik die Türkei aus dem nationalen anatolischen Boden die letzten sittlichen Kräfte sammelte, um die Bestimmungen des Vertrages von Sèvres nicht anzuerkennen und den Kampf aufzunehmen gegen diejenigen, die gewillt waren, sie in Stücke zu zerteilen. Und wenn sie in Lausanne endlich einen gerechten Frieden — in dem Sinne der nationalen Erhaltung und der Unabhängigkeit — erreichen konnte, so sieht man sich in diesem Umstande noch einmal die Tatsache bewahrheiten, daß sie, wie auch alle ihre ehemaligen Verbündeten, der angegriffene Teil gewesen ist, der aber auf Grund seiner nationalen Kräfte es nicht zugelassen hat, das Spiel von dem „Schuldbekenntnis“ und der daran geknüpften Konsequenz zu dulden.

Die große Bedeutung — ja, die welthistorische Bedeutung — der Kriegsschuldfrage ist erkannt, sogar anerkannt in Europa und auch über die Grenzen Europas. Ihre Untersuchung dürfte den Höhepunkt bereits überschritten haben — die Wahrheit darf nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die hohe moralische Bedeutung der Kriegsschuldfrage, durch deren einseitige Entscheidung in den Friedensdiktaten zivilisierte Völker mit alten Traditionen als Alleinschuldige gebrandmarkt wurden, rückt immer mehr in den Vordergrund. Allen einseitigen Behauptungen und allen nur auf ganz äußerlichen und unwesentlichen Merkmalen ruhenden Festlegungen und formellen Sätzen dieser Diktate kann man die geschichtlichen Tatsachen entgegenstellen, die wir kurz geschildert haben.

Das Anrufen des Vatikans in der Kriegsschuldfrage.

Diese eben festgestellte hohe moralische Bedeutung der Kriegsschuldfrage wirft ganz natürlich die Frage der Möglichkeit des Anrufens kirchlicher Interventionen auf.

Der Vatikan und die Kriegsschuldfrage.

Die Frage einer amtlichen Zuständigkeit des Papstes als überstaatlichen Friedensstifters und Schiedsrichters mit gewissenbindender Gewalt erscheint mir als eine so grundlegende, daß ich diese hier anzuschneiden und zu klären versuchen möchte.

Papst Leo XIII. erhob eigentlich schon diesen Anspruch, daß der Papst in maßgeblicher Form an der Frage und Sorge des Friedens mitbeteiligt sei. Dieser Anspruch rückt wiederum die Frage nach der mittelbaren Gewalt der Kirche über das Zeitliche auch hier in den Blickpunkt. Es wird wahrscheinlich noch zu lebhaften Besprechungen Anlaß geben können, in welchem

Sinne diese Zuständigkeit des Papstes, in Fragen des Völkerrechts mitzuberaten und mitzuentcheiden, gemeint ist, und wie weit diese Zuständigkeit sich erstreckt.

Die Aufwerfung ähnlicher Fragen auf dem vatikanischen Konzil.

Angeregt durch die kriegерischen Zeitläufe, hatte der Schotte David Urquhart in der Schrift „Appel d'un Protestant au Pape pour le rétablissement du droit des nations“ den Papst und das Konzil gebeten, eine verbindliche Erklärung des Völkerrechts auf christlicher Grundlage aufzustellen. Vierzig Konzilsväter machten diese Bitte in einer allerdings nicht mehr beratenen Eingabe zu ihrer eigenen und umschrieben sie näher darin, das Konzil solle jene Aeüßerungen des kanonischen Rechtes, die sich auf das Völkerrecht und die Bedingungen des gerechten Krieges beziehen, in amtlicher Weise erklären und als verbindliche Gewissensregel aufstellen. Besonders der Patriarch von Cilicien Petrus IX. Hassun zeigte sich als entschiedener Befürworter dieses Antrages in Ausführungen, die sich in überraschender Weise mit den späteren Aeüßerungen Leos XIII. berühren. Veranlaßt durch die besonders schauerlichen Kriegs- und Aufstandsverhältnisse des Orients tritt er aber besonders ein für die Feststellung dessen, was unter einem gerechten Kriege zu verstehen sei. Demgemäß erhebt er drei Forderungen: 1. Verwerfung des sogenannten Rechts des Stärkeren; 2. Errichtung eines ständigen überstaatlichen Gerichtshofes bei der Kurie mit der Aufgabe, bei Kriegsgefahr zu prüfen, ob die gegenseitigen Beziehungen der Staaten im Einklang seien mit dem christlichen Sittengesetz; 3. Einsetzung eines Verteidigers und Anwalts des Völkergerichts,

dessen richterliches Urteil nach der Bestätigung durch die unfehlbare Autorität des Papstes als verbindliche Gewissensrichtschnur zu gelten habe. Doch macht er die wichtige Einschränkung, daß es sich hierbei nur um die unfehlbare Feststellung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze, soweit sie eben in dem natürlichen Sittengesetz oder im Naturrecht enthalten sind, nicht aber um ihre schiedsgerichtliche praktische Anwendung handeln solle und könne; damit erscheint die Kirche, wie bei der Entscheidung, ob innerstaatliche Gesetze dem natürlichen und Göttlichen Rechte widersprechen, nicht etwa als unmittelbar gesetzschaffende Macht in politischen Fragen, sondern als Gottbestellte Erklärerin und Hüterin des natürlichen Sittengesetzes, als die sie lehramtlich feststellen kann, ob und in welcher Weise in einem bestimmten völkerrechtlichen Streitfall das Sittengesetz verletzt sein würde.

Wenn wir die Aussprüche Leos XIII. gerade in dieser Rücksicht einer Prüfung unterwerfen, so kann kaum ein Zweifel aufkommen, daß Er in gewisser Hinsicht dem Papst ein Schiedsrichteramt über die Völker als Bestandteil und Auswirkung seines religiösen Amtes zuerkennt, nämlich in der Form einer mittelbaren oder wegweisenden Gewalt über das Zeitliche, soweit dieses mit dem natürlichen und Göttlichen Recht in innerer Beziehung steht. Darauf weisen seine immer wiederkehrenden Darlegungen: daß die Kirche die Hüterin und Schirmerin der Gerechtigkeit sei. Darin liegt eine Geltendmachung, aber zugleich auch wieder eine Einschränkung der völkerrechtlichen Zuständigkeit des Papsttums: das eine, insofern Leo XIII. nicht zugibt und der Natur der Sache nach nicht zugeben kann eine grundsätzliche Scheidung von Politik und Moral; dies

würde auf die Behauptung hinauslaufen, es könne in den zwischenstaatlichen Beziehungen der Völker überhaupt keine Verletzung der Gerechtigkeit vorkommen, da die Grundsätze der Moral nur für das private Leben, nicht aber für das Tun und Leben der Staaten verpflichtende Geltung haben.

Die Einschränkung aber liegt darin, daß die Kirche nur dann Veranlassung haben kann, amtlich einzuschreiten, wo die Gerechtigkeit oder andere wichtige sittliche und religiöse Güter bedroht oder unmittelbar verletzt sind. Wenn schon für die weltlichen Staaten Pius IX. in der 62. These des Syllabus den Satz verworfen hat: „Der sogenannte Nicht-Interventionsgrundsatz ist zu erklären und zu beobachten“, weil er in dieser grundsätzlichen Allgemeinheit eine Verleugnung der christlichen Gerechtigkeit und Liebe darstellt oder wenigstens die Behauptung enthält, daß die Staaten untereinander nicht wie die Einzelmenschen zur Hilfe in der Not sittlich verpflichtet sein könnten, so darf man erst recht nicht von Leo XIII. erwarten, daß er einen grundsätzlichen Verzicht der Kirche auf das Recht irgendwelcher Intervention in völkerrechtlicher Hinsicht aussprechen werde oder auch nur werde aussprechen können.

Dagegen lassen seine Aussprüche das erkennen, daß er persönlich z u n ä c h s t nicht daran gedacht hat, diese von ihm grundsätzlich beanspruchte Zuständigkeit in völkerrechtlichen Fragen auch praktisch autoritativ geltend zu machen, sondern daß er den Staaten nur seine freundschaftlichen Vermittlungsdienste anbieten wollte, denen die übernationale Bedeutung und strenge Unparteilichkeit des Papsttums das Vertrauen der Mächte am wirksamsten sichern würden. Irgendwelche Schmälerung der Unabhängigkeit der Staaten zugunsten hier-

archischer Machtansprüche lag ihm durchaus fern. Er wollte nur sein der „Diener und Bote des Friedens von Europa und der ganzen Welt“, indem er als Hüter und Lehrer der sittlichen Ordnung den Staaten in den Fragen des Völkerrechts die sittliche Führung und Wegweisung und die moralische Unterstützung seiner Autorität anbot.

Außer diesen genügend Anknüpfung bietenden päpstlichen Stellungnahmen darf ich vielleicht einige Blicke auf die Stellung des gegenwärtig regierenden Papstes in dieser Hinsicht werfen.

Diese Stellung hat er selbst in seinem ersten großen Weltrundschreiben vom 23. Dezember 1922 „Ubi arcano“ umschrieben. Die Gliederung des Rundschreibens ist von schlichter Einfachheit und deshalb von durchsichtiger Klarheit und Uebersichtlichkeit: Im ersten Teil schildert es die trostlose Weltlage; im zweiten untersucht es die tieferen Gründe dieser Lage, um im dritten die Heilmittel für eine Gesundung anzugeben.

In zwei Punkten möchten wir die einschlägigen Gedanken des Rundschreibens berühren:

1. Die Herrschaft von Gerechtigkeit und Liebe auch im Völkerleben als unerläßliche und unentbehrliche Grundlage und Vorbedingung des Völkerfriedens.

2. Feststellung, daß dieser Herrschaft tatsächlich und grundsätzlich die Anerkennung versagt wird.

- a) Klage über das Nachwirken des Krieges in den Herzen und Geistern infolge des ungezügelter Wirtschaftsimperialismus. Zu diesem Punkte bemerkt der gegenwärtig regierende Papst Pius XI.: „Der Friede ist nur unterschrieben in öffentlichen Urkunden, aber nicht eingeschrieben in die Herzen der Menschen.“ In weiteren Punkten dieses Rundschreibens fordert der Papst die Gerechtigkeit bezüglich des Friedens. In welchem Sinn und in welcher Beziehung er diese Ge-

rechtigkeit fordert, das hat er aus Anlaß des Ruhrkampfes in seinem Brief an den Kardinalstaatssekretär ausdrücklich dargetan: er fordert gerade für die Frage der Wiedergutmachungen von dem Sieger einen Geist, „der die Gefühle der Gerechtigkeit mit denen der sozialen Menschenliebe vereinigt“. Er wendet den für den Gläubiger und Schuldner allgemein geltenden sittlichen Sachverhalt auf das Verhältnis zwischen Sieger und Besiegten an und folgert daraus, daß die Forderung des Gläubigers ihre naturrechtliche Grenze findet an der Leistungsfähigkeit des Schuldners, die nicht so beeinträchtigt werden darf, daß seine Lebensmöglichkeit in Frage gestellt ist, daß sie weiterhin unterzuordnen ist der höheren Rücksicht des europäischen Friedens; sie darf nicht hervorrufen „die Gefahr sozialer Störungen, die ganz Europa in das größte Unglück stürzen und Haß hervorrufen würden, der eine ständige Drohung mit neuen Konflikten werden müßte“. Diese Worte waren so deutlich, daß sie in Frankreich als eine Verurteilung der unerbittlichen Durchführung der von Deutschland, Ungarn, Bulgarien, Oesterreich erzwungenen sogenannten Friedensverträge erkannt und darum vom französischen Ministerpräsidenten wie vom katholischen Abgeordneten Megallon als eine Einmischung des Papstes in weltliche Dinge entschieden abgelehnt wurden.

Der Stockholmer Kirchenkongreß.

Bei einer solchartigen Stellung des heiligen Stuhles bezüglich der Beurteilung des gegenwärtigen Friedens, die sich aufs engste berührt mit der Anschauung des Stockholmer Kirchenkongresses über das Recht, vom religiös-moralischen Standpunkte aus zu Fragen des friedlichen Zusammenlebens der Völker Stellung zu

nehmen, hielten wir es für angebracht, eine Aktion beim heiligen Stuhle einzuleiten. Als Beilage zu dieser Arbeit ist unsere Eingabe an den heiligen Stuhl, die wir persönlich in Rom überreicht haben, in deutscher Sprache abgedruckt.

In dieser Eingabe ist nicht nur die Kriegsschuldfrage behandelt worden, sondern wir haben alle mit den Friedensdiktaten zusammenhängenden Fragen berührt, am eingehendsten wohl neben der Kriegsschuldfrage die Frage der unterdrückten Minderheiten, die wir an dieser Stelle eingehender beleuchten möchten.

Die Minoritätsverträge.

Die Friedens- sowie Minoritätenverträge enthalten Bestimmungen zum Schutz der nationalen Minoritäten. sowohl für diese betreffenden Minoritäten im allgemeinen als auch für besonders qualifizierte Minoritäten. Diese Bestimmungen werden gleichzeitig zu Grundgesetzen der betroffenen Staaten gemacht, denen durch kein interstaatliches Gesetz oder Verordnung derogiert werden darf. Sie werden ferner als internationale Verpflichtungen unter die Garantie des Völkerbundes gestellt, und jedes Mitglied des Völkerbundrats hat das Recht, die Aufmerksamkeit des Rats auf eine Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung dieser Bestimmungen zu lenken. — Theoretisch — aber nur so — hat der Völkerbund den Begriff der Minderheitsrechte nicht als Ausfluß einer besonderen politischen Lage, sondern als aus der Menschennatur selbst entspringend festgestellt und sie vertragsmäßig gesichert. Frühere Verträge haben meist bloß Religionsfreiheit im Auge gehabt und sind nur von den kontrahierenden Mächten gewährleistet worden, wie z. B. der Warschauer Föderations-Vertrag 1573, das Edikt von Nantes (1598), der Passauer Vertrag (1522), der Augsburger Frieden (1555), der Westfälische Frieden (1648), der Frieden von Oliva (1660) zwischen Schweden und Polen, der Frieden von Paris (1763), durch den Kanada und Nordamerika an Großbritannien von Frankreich abgetreten wurde unter Garantie der Religionsfreiheit für die Katholiken, die Verträge, in denen die Vereinigten Staaten den Einwohnern der an sie abgetretenen Gebiete Freiheit, Eigentumsrecht und Religionsausübung garantierten, der Vertrag (1814) über die Vereinigung von Belgien und Holland, der Wiener Kongreß (1815), der den Polen Auto-

nomie zusicherte, das Protokoll (1815), wodurch der König von Sardinien den Kanton von Genf verpflichtete, den Katholiken Religionsfreiheit zu gewähren, die Konferenz von London (1830), auf der Religionsfreiheit und gleiche politische Rechte aller griechischen Staatsbürger ausbedungen wurden, der Frieden von Paris (1856), durch den die Türkei den Christen Religionsfreiheit zusicherte, der Berliner Kongreß, der die Religionsfreiheit in der Türkei wieder bekräftigte, der Vertrag von Konstantinopel (1881), durch den Thessalien an Griechenland abgetreten wurde unter der Bedingung, daß Leben, Eigentum, Religion und Eigenart der Einwohner sichergestellt sein würden, die Verträge von Konstantinopel (1913) zwischen Bulgarien und der Türkei, von Athen (1913) zwischen Griechenland und der Türkei, von Stambul (1914) zwischen Serbien und der Türkei, in denen den Mohammedanern der in Frage kommenden Gebiete Religionsfreiheit zugesichert wurde.

Nach diesem kurzen historischen Rückblick kehren wir zurück zu den Befugnissen des Völkerbundes in Minoritätsangelegenheiten. Wir haben gesehen, daß jedes Mitglied des Völkerbundsrats das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rats auf die Gefahr einer Verletzung der Minoritätenrechte zu lenken. In einem solchen Falle ist der Völkerbundsrat ermächtigt, auf die Weise vorzugehen und derartige Anweisungen zu geben, die ihm unter den gegebenen Umständen angemessen erscheinen.

Auf dieser Basis sollte die Tätigkeit des Völkerbundes in Minoritätenangelegenheiten beruhen.

Internationaler Schutz nationaler Minderheiten — hier ist der Schnittpunkt zwischen nationalem und internationalem Gedanken.

Der Völkerbund und die Minderheiten.

Der Völkerbund wollte Protektor und Garant der nationalen Minoritätenrechte werden. Auf Vorschlag von Robert Cecil wurde schon in der ersten Vollversammlung des Völkerbundes der völkerrechtliche Schutz der Minoritäten als eine Bedingung für die Aufnahme neuer Völkerbundmitglieder angenommen.

Es gibt derzeit völkerrechtlich geschützte Minoritäten und völkerrechtlich nicht geschützte Minoritäten, von denen ich hier nur die Völker des British Empire, die Italiener in Malta und Savoyen, die Deutschen in Elsaß-Lothringen, in Südtirol, in Polen, die Ungarn in Siebenbürgen, Jugoslawien, Tschechoslowakei, die Kroaten und Slowenen in Italien, Bulgaren in Mazedonien, in der Dobrudscha und in Thrazien nenne.

Die Minoritätenverträge legen den Staaten die völkerrechtliche Verpflichtung auf, die Minoritätenbestimmungen als oberste Staatsgrundgesetze zu publizieren. Wer aber die faktische Lage der Minoritäten erkennen will, darf nicht nur die Verfassungen der betroffenen Staaten einsehen, sondern auch ihre Durchführung, ihre Anwendung im einzelnen Fall. Und hier liegen schon seit Jahren eine Fülle von Beschwerden der nationalen Minderheiten vor; es zeigen diese Beschwerden ein erschütterndes Bild davon, daß auch in nationaler Hinsicht in Europa kein wahrer Friede herrscht. Diese Beschwerden sind größtenteils an den Völkerbund gerichtet. Der Völkerbund hat in seinen Vollversammlungen die Ueberwachung des Minoritätenschutzes vielfach diskutiert. Es zeigte sich aber auch bei diesen Vollversammlungen, daß bei den betroffenen Staaten sehr oft nicht der Wille

bestand, die eingegangenen Verpflichtungen in der Minoritätenfrage zu erfüllen.

19. Artikel der Völkerbundsatzung.

Für Aenderung von territorialen Grenzen käme als legales Mittel im Rahmen des Völkerbundpaktes nur die Revision der Verträge nach Artikel 19 in Betracht.

(Wortlaut: 19. Artikel der Völkerbundsatzung:

Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.)

Die Diskrepanz zwischen der rechtlichen und faktischen Lage der Minoritäten läßt die Frage der Sanktion des Verfahrens um so schärfer hervortreten. Das Verfahren in Minoritätenangelegenheiten beim Völkerbund beruht auf den Bericht Tittonis vom 22. Oktober 1920. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, daß an den Rat gerichtete Klagen von Minderheiten nur den Charakter von Mitteilungen haben können, die den Rat zu nichts verpflichten. Man muß das ordentliche Verfahren von dem bloßen Petitionsverfahren unterscheiden. Das ordentliche Verfahren ist dann gegeben, wenn ein Mitglied des Rates auf eine Verletzung oder Gefahr einer Verletzung der Minoritätenbestimmungen lenkt. Hier liegt eigentlich die Schwäche des Völkerbundes in der Minderheitenfrage. Denn das Mitglied des Rates, das die Aufmerksamkeit auf eine solche Verletzung lenkt, wird dadurch unwillkürlich zum Ankläger des betreffenden Staates, eine Situation, der sich niemand gern persönlich aussetzt, auch nicht aussetzen darf, denn der Vertreter im Rate ist ein Vertreter seiner Regierung und hat deren Instruktionen zu folgen.

Von diesem ordentlichen Verfahren ist das bloße Petitionsverfahren zu unterscheiden. Petitionen können von jeder Seite, daher auch von den Minoritäten selbst ausgehen. Sie haben jedoch nicht die juristische Wirkung, den Rat zu Erledigungen zu verpflichten. Wird die Petition angenommen, so hat der betreffende Staat eine Frist von drei Wochen, um mitzuteilen, ob er ein Gegenmemorandum vorzulegen beabsichtigt oder nicht. Im bejahenden Falle hat der interessierte Staat eine weitere Frist von zwei Monaten, die aus dringenden Gründen auch verlängert werden kann, zur Einreichung seiner Gegenschrift. Ist die Gegenschrift innerhalb dieser Frist überreicht oder die Frist fruchtlos verstrichen, so legt der Generalsekretär die Petition und die eventuelle Gegenschrift ohne jeden Kommentar allen Mitgliedern des Rates vor. In diesem Stadium setzt nun der Präsident des Rates für jede Minoritätenpetition eine Dreierkommission ein, die aus dem jeweiligen Präsidenten des Rates und zwei von ihm gewählten Mitgliedern des Rates besteht. Nur wenn ein Mitglied, sei es der Dreierkommission oder ein anderes Mitglied des Rates, dessen Aufmerksamkeit auf die Sache lenkt, tritt das oben geschilderte ordentliche Verfahren ein, sonst wandert eben die ganze Sache in das Archiv des Völkerbundes. Hier liegt der zweite schwache Punkt des gegenwärtigen Minoritätenverfahrens.

Gerade das Vorgehen des Völkerbundes in Minoritätenangelegenheiten wurde vielfach getadelt und als ein Versagen des Völkerbundes gedeutet; andererseits ist es zweifellos, daß gerade ein befriedigendes Funktionieren des Völkerbundes in dieser Frage für den Völkerbund selbst von vitaler Bedeutung wäre.

Das Problem des Schutzes nationaler Minoritäten ist heute ein dominierendes Problem europäischer Politik,

und die Arbeit an diesem Problem ist von größter Bedeutung. Denn in dem vernünftigen Eintreten für eine Entwicklung des Minoritätenrechts arbeiten wir für den Frieden, helfen die Grundlage für eine ökonomische Wiedergeburt schaffen.

Die gegenwärtige Lage der Minoritäten in Europa darf nicht von anhaltender Dauer sein.

Die Nationalitätenprobleme sind nicht gelöst.

Die neuen Staaten haben das Nationalitätenproblem nicht gelöst, im Gegenteil, sie wurden mit neuen Nationalproblemen belastet. Die Tschechen bilden kaum die Hälfte der Bevölkerung ihres eigenen Staates. Die Serben erreichen kaum 49 Prozent der Gesamtbevölkerung, und die Rumänen laut ihrer eigenen Statistik bloß 70 Prozent. Das frühere Oesterreich-Ungarn war eine Art nationale Föderation, die neuen Staaten wollen hingegen ausgesprochene Nationalstaaten sein. Gegenwärtig leben 47 Millionen Menschen in Europa unter verschiedenen fremden Regierungen, sie sind zum überwiegenden Teil sehr unzufrieden.

Vom nahen Osten und den Balkanstaaten kommen die schwierigsten Minoritätenklagen über persönliche Verfolgungen und Gewalttätigkeiten, Mord und Konfiskation. Im Westen wird diese Verfolgung oft mit scheinbarer Gesetzmäßigkeit bemäntelt. Dem Wesen nach sind beide Fälle ganz gleich.

Die Schöpfer der Friedensverträge kannten die Mentalität der neuen Staaten nicht.

Die Schöpfer der Friedensverträge hätten die Mentalität dieser neuen Staaten besser kennen müssen. In diesem Falle hätten sie ihnen gewisse konstitutionelle

Garantien des Minoritätenschutzes auferlegt und sich nicht damit begnügt, bloß eine vornehme („gentlemanlike“) Behandlung der Minoritäten anzuempfehlen.

Wie dieses Anempfehlen gewirkt hat, das wollen wir an Hand genauer Daten etwas näher beleuchten.

Eine wichtige Klage der Minoritäten bezieht sich auf die sogenannten Landreformen. Es konnte bisher weder praktisch noch theoretisch nachgewiesen werden, daß die Enteignung von Millionen von Joch Grundbesitz vom wirtschaftlichen sozialen Standpunkte aus notwendig gewesen wäre. Im Gegenteil, diese Maßnahmen führten in erster Reihe zur Abnahme der Produktion und der Arbeitsgelegenheit in den betreffenden Ländern. In der tschechoslowakischen Republik wurden zum Beispiel zuerst 15 000, dann 100 000, sodann 245 000 und endlich 500 000 Joch konfisziert, und dieses Quantum nimmt von Tag zu Tag zu. Der Enteignungspreis wurde in den meisten Fällen überhaupt nicht bezahlt. Da dieses Prinzip auf andere Besitzkategorien nicht angewendet wird, so wird dadurch das Prinzip der Rechtsgleichheit auf das schwierigste verletzt. Wenn es schon notwendig erschien, den Großgrundbesitz zu zerkleinern, wie dies in allen neugegründeten Staaten geschah, so hätte man dies bei voller Entschädigung durchführen sollen. Die Bodenbesitzansprüche sämtlicher Minoritäten werden einfach übergangen. Die Reformen wurden durch die Majorität ohne Befragen der Minoritäten durchgeführt und letztere müssen hilflos zusehen, wie man ihre Beamten entläßt und ihre Bezirke unter dem Vorwande von Landreformen entnationalisiert. Die Minoritäten erdulden noch auf der ganzen Linie auch andere schwere Drangsalierungen. Fast ein jedes neue Gesetz enthält nachteilige Bestimmungen, die gegen die Minoritäten gerichtet sind.

Krieg im Frieden.

Diese gefährliche Lage der Minderheiten entwuchs in erster Reihe in territorialer Hinsicht dem Pariser Frieden. Zum Hohne der von den Schöpfern als unantastbar gedachten Friedensdiktate haben seither die Griechen die Türken angegriffen, haben die Türken und Russen Armenien angegriffen, haben die Russen Persien mit Krieg überzogen, hat Italien Fiume mit Schwertgewalt erworben, hat Frankreich das Ruhrgebiet besetzt, haben Jugoslawien und Griechenland den Handstreich auf Albanien ausgeführt, hat Italien Korfu beschossen, hat Litauen Memel besetzt, hat Polen Wilna besetzt, haben sich Rußland und Polen gegenseitig befehdet, hat England die arabische Frage in seinem Sinne gelöst, wurden im afrikanischen Tanger und Jubalande verschiedene Neuordnungen ohne vorherige Kenntnis des Völkerbunds rats vorgenommen.

Artikel 10 des Völkerbundvertrages.

Es sind nämlich weder in den Friedensschlüssen noch in den verschiedenen Pakten, am allerwenigsten in dem Artikel 10 des Völkerbundvertrages irgendwelche Garantien vorgesehen, womit die Psychose des Landzuwachses eingedämmt werden könnte. Das daraus entstehende territoriale Angstgefühl überschattet jedweden anderen Gefühlskomplex der europäischen Politik. Die Keime dieses begreiflichen Angstgefühls liegen in den Friedenstraktaten, durch welche die natürliche geographische Lage und geopolitische Einteilung Europas ganz falsch vor sich ging. So lange diese Diktate nicht geändert werden, ist eine Besserung der Lage nicht nur nicht zu erwarten, sondern auch nicht berechtigt zu hoffen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zwischen den territorialen Fragen, die durch die Pariser Verträge ganz widerrechtlich — und widersinnig gelöst wurden, und zwischen den Fragen der Minderheiten, ist ein logischer Zusammenhang.

Gegen die Gefahren, die aus den letzteren entstehen, und die wir kurz geschildert haben, ist es höchste Zeit, Remedur zu schaffen. Vorerst durch genaue Prüfung der Beschwerden vor einem unparteiischen und nicht politisch eingestellten Forum und nachher durch den Aufbau einer international gültigen Generalkonvention der Minoritätsrechte, d. h. keine Schiedssprüche von Fall zu Fall, sondern gültige Normen von dauernder Rechtskraft.

Was den ersten Punkt der territorialen Fragen betrifft, der als Quelle der neu entstandenen Minderheitsschwierigkeiten zu betrachten ist, so ist da, selbst durch Anwendung der Wilsonschen Grundsätze, nur schwer zu helfen. In dieser Beziehung wird eine ganz neue Regelung der Dinge notwendig sein.

Wilson hat bei der Aufstellung seines Friedensprogramms in bezug auf *das Selbstbestimmungsrecht* der Völker den allgemeingültigen Satz aufgestellt, daß die Bevölkerung eines Gebietes „unbestreitbar“ der Nation angehören müsse, die das Gebiet für sich in Anspruch nimmt. Die ungeheuerere Wichtigkeit einer gerechten Lösung dieser Frage bedarf wohl nicht der besonderen Betonung. Die falschen Regelungen schufen neue Irredenten. Der Völkerbund hätte diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen müssen; die Mächtegruppe, die über die Geschicke der Welt bestimmte, lud eine furchtbare Verantwortung auf sich, durch die ungerechte, durch die einseitige Politik diktierte Lösung

dieser Fragen. Die Schwierigkeiten sind natürlich groß; um so sorgsamer und gewissenhafter muß die Lösung gesucht werden. Dabei kann man nicht allein mit dem primitiven Momente der reinen Bevölkerungszahl operieren. Sie bildet keine ausreichende Grundlage, um das Wesen eines Landes zu erkennen. Man kann die Art und Weise, in der die einzelnen Mitglieder der Volksgemeinschaft dem Ganzen dienen, das Maß der Werte, die sie durch ihr Dasein und durch ihre Betätigung der Gesamtheit zur Verfügung stellen, den Einfluß, den sie auf das Wohlergehen und die Entwicklung des Landes ausüben, nicht außer Betracht lassen. Eine Berücksichtigung dieser Momente bedeutet nicht etwa eine Verletzung des Grundsatzes von der Gleichheit aller Bürger; nur darum handelt es sich, ein objektives Bild von dem wahren Charakter eines Volkes zu gewinnen, das sich nicht nur als eine Mehrheit von Personen darstellt, sondern als ein kompliziertes System aus ethischen, historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Momenten.

Wie diese Momente neben der reinen Bevölkerungsziffer zur Geltung gebracht werden können, ist eine weitere Frage. Um es zu ermöglichen, wird es unter Umständen komplizierter Berechnungen bedürfen, — ein Nachteil, der nicht allzu hoch eingeschätzt werden darf. Es wäre zunächst die Stimmenzahl zu ermitteln, die sich für den Anschluß an den einen oder den anderen benachbarten Volkskörper oder unter Umständen für die Bildung eines selbständigen Staates ausspricht. Daneben wird durch zuverlässige Erhebungen festzustellen sein, in welchem Maße die Angehörigen der verschiedenen in dem Gebiete vertretenen Nationalitäten an der Erfüllung der kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben des Landes beteiligt sind.

Das Ergebnis der Feststellungen stellt rein objektiv den Charakter des Landes nach dem Grade seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung im Verhältnis der verschiedenen Nationalitäten dar. Dieses sachliche Ergebnis muß neben dem in der Abstimmung zum Ausdruck gelangenden persönlichen Willen der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Daß die Abstimmung nie entbehrt werden kann — und sie mußte in meisten Fällen entbehrt werden — folgt unabweisbar aus der Natur des Grundrechts. Eine Absteckung neuer Grenzen aus strategischen oder rein wirtschaftlichen Gründen ist in sich selbst eine Verletzung dieses Rechts, da sie dessen eigentliches Wesen, den Willen des Volkes, unberücksichtigt läßt. Auch wer es unternimmt, einer Nation gewisse Gebietsteile einfach zu entziehen (wie dies nach diesem Kriege ohne Eroberung und ohne Befragen der Bevölkerung geschah), um dadurch Sicherheiten für die sonst gefährdete Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen zu schaffen, stellt sich damit auf den alleinigen Boden der momentanen Macht und versündigt sich gegen jene Weltordnung, die den Völkern Europas bei Beendigung des Krieges versprochen wurde.

Durch die Proklamationen des Präsidenten Wilson ist eigentlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum ersten Grundrechte der Nationen erhoben worden. Damit ist ein Grundsatz, der sich bisher auf das nationale Recht des konstitutionellen Staates beschränkte, in die Sphäre des Völkerrechts versetzt, es ist ein Fanal aufgerichtet worden, das gewaltiger noch als die Fackeln der französischen Revolution, den Weg der Menschheit bis in die fernste Zukunft zu erleuchten bestimmt gewesen wäre.

Zweifelsohne hat dieses Prinzip praktische Vorzüge, seine allgemeine Anwendung birgt aber unübersehbare Gefahren in sich! Sehr richtig hatte Lansing diese Gefahren erkannt und diese Erkenntnis leuchtet uns aus seinen Tagebuchaufzeichnungen entgegen. Unter anderem bemerkt Staatssekretär Lansing zu dem Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts“ folgendes: „Dieses Prinzip wird der Ausgangspunkt unmöglicher Ansprüche an die Friedenskonferenz werden und viel Unruhe in vielen Ländern stiften“ — weiter fährt er fort, „das ganze Wort „Selbstbestimmung“ ist mit Dynamit bis zum Rande geladen. Es wird Hoffnungen erwecken, die sich nimmer erfüllen lassen. Es muß auf die Dauer in Mißkredit geraten und wird als Traum eines Idealisten verschrien werden, der die Gefahren nicht sah, bis es zu spät war, um alle diejenigen zurückzuhalten, die das Prinzip praktisch anzuwenden versuchen. Welch ein Verhängnis, daß dieses Wort je geprägt wurde.“

Seit der Niederschrift dieser Bemerkungen ist vor aller Welt offenbar geworden, daß sich die „Selbstbestimmung“ eben überhaupt in der Praxis schwer anwenden läßt. Wilson erweckte den alten Begriff der „Zustimmung der Regierten“ zu neuem Leben, vergaß aber ganz, daß die Geschichte erwiesen hat, wie wertlos diese Theorie als Richtlinie für die moderne politische Praxis ist. Wie wertlos, wie gefährlich erst dann, wenn dieses Prinzip *nur einseitig* angewendet wird. Wilson machte aus der „Selbstbestimmung“ eine Basis des Friedens. Trotzdem aber hat er in seiner Praxis bei den Pariser Verhandlungen dieses Selbstbestimmungsrecht außer acht gelassen, wenn er es vielleicht auch als ein wünschenswertes moralisches Rezept gelten ließ, das aber im Leben der Völker kaum je seine Erfüllung fand. Zwar übt das Selbstbestimmungsprinzip in der politi-

schen Praxis und in den realen Beziehungen zwischen Einzelwesen und Staat mit Recht einen gewissen Einfluß aus, doch ist dieser Einfluß nicht entscheidend. Schlagende Beispiele für die Verleugnung dieses Prinzips finden sich im Versailler Vertrag, wo durch die Neuregulierung der deutschen Grenze Millionen von Menschen deutschen Blutes unter die Oberhoheit fremder Staaten gestellt wurden, im Verträge von Trianon wurden Millionen von Menschen ungarischen Blutes in fremde Staatskörper einverleibt, im Verträge von St. Germain ist man mit Oesterreich und im Verträge von Neuilly mit Bulgarien auf diese Art vorgegangen.

Bei der gegenwärtigen politischen Struktur der Welt, die auf der Nationalitätsidee aufgebaut ist, eignet sich diese Formel von der Selbstbestimmung für allgemeine Anwendung nicht. Feste nationale Grenzen, feste staatlich-nationale Zusammenhänge und alle politische Stabilität würden bedroht sein, wenn dieses Prinzip gleichmäßig angewendet wird. Wenn man dieses Prinzip auf jeden in seinem Bereich liegenden möglichen Fall anwenden wollte, so würden unter dem Zwange neuer sozialer Verhältnisse, wirtschaftlicher Interessen, rassenmäßiger Vorurteile und all der vielgestaltigen Triebkräfte der menschlichen Gesellschaft unbedingt der ewige Wechsel und die ständige Unsicherheit die natürlichen Folgen sein.

Die Apostel der Selbstbestimmung beanspruchen natürlich nicht, daß sie auf Rassen, Völker oder Gemeinwesen angewendet werden könne, die infolge ihrer Barbarei oder Unbildung nicht imstande sind, eine vernünftige Wahl bei der Entscheidung über ihre politische Zugehörigkeit zu treffen. Bei Völkern und Gemeinwesen jedoch, welche diese Wahl treffen können, macht man, *wenigstens in Worten*, keine Ausnahme in der starren Anwendung des Prinzips. Man erhebt es zu einem un-

bestrittenen Recht. Gewiß ist die Selbstbestimmung eine jener prinzipiellen Forderungen, die schön klingen, in der Abstraktion auch wahr sein mögen und stark an den sittlichen Rechts- und natürlichen Gerechtigkeitsbegriff des Menschen appellieren. Doch wenn man versucht, das Prinzip auf alle vorkommenden Fälle anzuwenden, oder falsch, oder dort, wo es am Platze wäre, gar nicht anzuwenden, so wird es zu einer Quelle politischer Unsicherheiten, innerer Zerrüttung und nicht selten der Anlaß zu gewaltsamem Aufruhr. In der Lage der Minderheitsvölker widerspiegelt sich wohl am ehesten die ungerechte, einseitige Verwirklichung des an sich schon gefährlichen Prinzips der Selbstbestimmung.

Das Verfahren des Völkerbundsrats in Minderheitsbeschwerden ist zunächst durch die Minderheitsverträge festgesetzt, deren Bestimmungen den „Grundgesetzen“ der betreffenden Staaten gleichgestellt sind und internationale durch die Garantie des Völkerbundes gesicherte Verpflichtungen darstellen. Streitfragen zwischen der in Rede stehenden Regierung und einem Mitgliedsstaat des Rats, die sich auf die Minderheitsfragen beziehen und Tatsachen oder Gesetze betreffen, sollen einen internationalen Charakter haben gemäß (Art. 14) der Satzungen und, falls *eine von den beiden Parteien es beantragt, dem Internationalen Gerichtshof* zu endgültiger Entscheidung überwiesen werden.

Im einzelnen setzen sich die in den Minderheitsverträgen gewährleisteten Rechte wie folgt zusammen:

Die in den Minderheitsverträgen gewährleisteten Rechte.

1. Persönliche Sicherheit und Freiheit: Polen (Art. 2), Griechenland (Art. 2), Ungarn (Art. 55),

Rumänien (Art. 2), Tschechoslowakei (Art. 2), Jugoslawien (Art. 2), Türkei (Art. 141).

2. Gleichheit der bürgerlichen Rechte ohne Ansehen völkischer, religiöser oder sprachlicher Unterschiede. Ernennungen zu Staats- und Kommunalämtern sollen nur auf Grund persönlicher Verdienste und wirklicher Verwendbarkeit stattfinden: Polen (Art. 7 und 8), Bulgarien (Art. 40, 51, 53, 56), Rumänien (Art. 8), Tschechoslowakei (Art. 7), Jugoslawien (Art. 7), Türkei (Art. 147).

3. Freiheit der Presse, der politischen Ueberzeugung und Versammlungsrecht: für politische Vergehen sind die gewöhnlichen Gerichte zuständig. Polen (Art. 7), Türkei (Art. 145), Oesterreich (Art. 66), Bulgarien (Art. 53), Griechenland (Art. 7), Armenien (Art. 4), Ungarn (Art. 58), Rumänien (Art. 8), Tschechoslowakei (Art. 7), Jugoslawien (Art. 7).

4. Freiheit des Handels und der Industrie: Polen (Art. 7), Türkei (Art. 145, 281), Oesterreich (Art. 66), Bulgarien (Art. 53), Griechenland (Art. 7), Armenien (Art. 4), Ungarn (Art. 58), Rumänien (Art. 8), Tschechoslowakei (Art. 7), Jugoslawien (Art. 7).

5. Religions- und Lehrfreiheit, das Recht, sich vor Gericht der eigenen Sprache zu bedienen: Tschechoslowakei (Art. 8, 9), Rumänien (Art. 10, 11), Jugoslawien (Art. 8, 9), Ungarn (Art. 55, 59), Türkei (Art. 148, 149), Bulgarien (Art. 50, 54, 55), Griechenland (Art. 8, 9, 10, 12).

6. Recht des Wechsels der Untertanenschaft. Im Fall der Option findet keine vermögensrechtliche Benachteiligung statt. Polen (Art. 3, 4, 5), Oesterreich (Art. 78, 82), Rumänien (Art. 3, 5), Türkei (Art. 124, 125, 143).

7. Eigentumsrecht. (Es steht außer Zweifel, daß die Minderheitsverträge das Eigentumsrecht anerkannt haben und daß daher die Enteignung von Land ohne jede Entschädigung oder ohne entsprechende Entschädigung, wie sie in den Nachfolge- und Randstaaten geschehen ist, gegen die Minderheitsrechte verstößt.) Türkei (Art. 126, 128, 144, 281, 287, 288), Polen (Art. 3), Oesterreich (Art. 78, 250, 259, 264), Ungarn (Art. 63), Tschechoslowakei (Art. 20), Griechenland (Art. 14), Jugoslawien (Art. 10), Armenien (Art. 7).

Die hervorstechendsten Folgen der Pariser Diktate sind eigentlich das starke Erwachen des Minderheitsgefühls und das Entstehen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Organisationsformen dafür.

Die Organisation der deutschen Minderheiten in fremden Staaten ist sehr verschiedenartig, trotzdem hat sich aber in den Jahren nach den Friedensschlüssen in rascher Entwicklung infolge der Gleichartigkeit der Interessen ein deutsches kulturelles Gemeinschaftsgefühl unter ihnen herausgebildet. So finden seit dem Jahre 1922 jährlich ein oder zwei Tagungen der Vertreter dieser deutschen Minderheiten statt, über die offizielle Berichte an die Weltpresse herausgegeben werden. Sind diese Berichte auch kurz und besagen sie wenig über den Inhalt der Tagungen selbst, so sind sie doch der offene Ausdruck der bekannten Gemeinschaft, die nicht nur gewisse taktische Fragen gleichen Vorgehens zu besprechen hat, sondern auch ihre Zusammengehörigkeit in bestimmten Forderungen oder Anregungen dem Heimatvolke oder der deutschen Reichsregierung gegenüber bekundet.

Wird der Minderheitenschutz durch die Minderheitsverträge gesichert?

Wir wollen aber hier noch einige Worte den angeführten Minderheitsverträgen widmen und die Frage beantworten, ob eigentlich durch diese Verträge, deren Zweck, also der Minderheitenschutz, auch genügend gesichert erscheint. Man muß zugeben, daß durch die Verträge eine stärkere Klarheit in Minderheitsfragen entstanden und eine tiefere Erkenntnis offenbar geworden für das, was der Staat als solcher kann und muß, und für das, was er nicht kann und nicht darf. Es ist eine stolzere Ueberzeugung dafür erwachsen, was auf der anderen Seite das Volkstum in seiner freieren und beweglicheren Kraft leisten kann und zu leisten berufen ist, und welche Toleranz es fremdem, im gleichen Staat mitlebendem Volkstum gegenüber üben muß, wenn der Staatsfrieden gewährleistet und der kulturelle Fortschritt ermöglicht werden soll. Nur auf dem Boden des freien — nicht des zügellosen, auch nicht des staatlich nicht zu kontrollierenden und zu beaufsichtigenden — Spiels der Kräfte kann Volkstum und kann volkstümliche, bodenständige Kultur wachsen und blühen, nur wenn die Minderheiten in ihrer Kulturfreiheit und gegen jede Willkür von innen und von außen geschützt sind, können sie aus Gefahren für den inneren und äußeren Frieden ihrer Staaten zu Gefährten des staatlichen Lebens und Fortschritts werden und inneren Anteil an ihren Staaten nehmen. Der Minderheitenschutz bedeutet nicht den Schutz des einzelnen und der Person für Leben und Freiheit, für Recht und Eigentum, sondern er bedeutet die Freiheit der Entwicklung des kollektiven Zusammenschlusses der einzelnen Minderheitenstaatsbürger. Der „Minderheitenschutz“ schafft nicht nur

einen Schutz der Minderheiten gegen die Willkür des Staates oder des Mehrheitsvolkes, sondern auch einen Schutz für den Staat gegen Keime der Gegenwehr und der Antistaatlichkeit. Er interessiert die Mehrheit am Gedeihen der Minderheit und die Minderheit am Gedeihen des Staatsganzen. Minderheitenschutz zu schaffen hatte nur einen Sinn, wenn der feste Wille des gesamten Völkerbundes dahinter stand, diesen Schutz auch wirksam werden zu lassen, und hatte nur einen Sinn, wenn es der Wille aller im Völkerbund zusammengeschlossenen Staaten war, diesen Schutz nicht nur zu garantieren, sondern die Praxis ihrer staatlichen Handlungen unter das hohe Licht dieser neuen Volksmoral zu stellen.

Die Minderheitenschutzverträge haben ihren Zweck nicht voll erfüllt, weil die Garantie unwirksam war, und weil die Garanten entweder nicht für diesen Schutz eintreten wollten, oder es nicht konnten. Man hat eingesehen, daß aus einer rechtlichen Teilverpflichtung einzelner Staaten eine Gesamtverpflichtung aller werden muß mit jeder nur erdenklichen Garantie und auch mit dem Druckmittel der Strafe für Rechtsverletzungen, wenn der Minderheitenschutz praktisch wirksam werden soll. Ebenso wie die Kulturpflege der Minderheiten aus dem Rahmen der Staatsaufgaben herausgenommen werden muß, so muß auch die Frage des Minderheitenschutzes der politischen Machtsphäre entrückt werden. An die Stelle tendenziöser Machtpolitik muß eine Politik internationaler Moral und Rechtlichkeit treten.

Nun möchte ich an praktischen Beispielen die „Erfolge“ der Trianoner und Neuillyer Friedensdiktate darlegen und die Lage der ungarischen und bulgarischen Minderheiten schildern:

Die Lage der ungarischen Minderheiten.

Ungarn wurde durch den Friedensvertrag von Trianon zertrümmert, und zwar in der Weise, daß das Zentralgebiet des Landes als selbständiger Staat weiter bestehen blieb, während seine Grenzgebiete an fremde Staaten angegliedert wurden. So gelangten

1. ganz Oberungarn mit der Slowakei und Karpathenrußland bis weit in die ungarische Ebene an die Tschechoslowakei,
2. die Marmarosch, Siebenbürgen, der größte Teil des Banats und mehrere binnenungarische Komitate an Rumänien,
3. ein Teil des Banats, die Bácska, ein Teil der Baranya und ganz Kroatien an Südslawien,
4. die ungarische Hafenstadt Fiume an Italien,
5. Deutsch-West-Ungarn unter dem Namen Burgenland an Oesterreich.

Diese Gebiete wurden von Ungarn abgetrennt, weil sie angeblich zum größten Teil von Nichtungarn bewohnt waren. Dabei wurden die historischen Rechte ebenso außer acht gelassen, wie der Umstand, daß die nichtungarische Bevölkerung meist nicht ursprüngliche Bewohner dieser Gebiete waren und größtenteils aus eingewanderten Kolonisten bestand. Ferner wurde nicht berücksichtigt, daß die neue Herrschernation sich auf den abgetrennten Gebieten der Gesamtzahl der übrigen Nationalitäten gegenüber meist in der Minderheit befand. Denn in den an die Tschechoslowakei, an Rumänien und Jugoslawien abgetretenen Gebieten leben außer den eigentlichen Ungarn viele Angehörige anderer Nationalitäten, die ungarnfreundlich gesinnt sind und sich mit ihrem jetzigen Schicksal nicht zufrieden geben können.

Folgende Zusammenstellung veranschaulicht die Bevölkerungsverhältnisse der von Ungarn abgetrennten Gebiete:

Tschechoslowakei:

Slowaken	1 703 000
Ungarn	1 072 000
Deutsche	265 000
Ruthenen	442 000
Andere	87 000

Südslawien mit Ausnahme Kroatiens:

Serben	378 000
Kroaten	92 000
Ungarn	459 000
Deutsche	308 000
Slowaken	46 000
Rumänen	80 000
Andere	156 000

Rumänien:

Rumänen	2 819 000
Ungarn	1 664 000
Deutsche	557 000
Serben	56 000
Andere	140 000

Diese Zusammenstellung beweist, daß in der Tschechoslowakei die Slowaken, auch wenn man sie auf gewesenem ungarischen Boden als Staatsvolk betrachtet — obgleich sie den Tschechen gegenüber eigentlich nur als Minderheitsvolk gelten können —, den übrigen Minderheiten gegenüber bloß 47,7 Prozent der Bevölkerung ausmachen, während die Ungarn allein einen starken Minderheitsstock von 30 Prozent bilden. Was

die ehemals ungarischen Gebiete Südslawiens anbelangt, sind hier die als Staatsvolk geltenden Serben und Kroaten mit 30,9 Prozent in starker Minderheit und selbst den 30,2 Prozent Ungarn kaum gewachsen. Nur auf dem neurumänischen Besitz erreicht das neue Staatsvolk eine geringe Mehrheit der noch immer sehr starken ungarischen Bevölkerung (31,8 Prozent) gegenüber.

Die Abtrennung ist überall ohne Befragen der Bevölkerung erfolgt. Ihre Ungerechtigkeit aber wird noch erhöht durch den Umstand, daß die ungarischen Minderheiten in den Staaten der kleinen Entente überall in unmittelbarem geographischen Zusammenhang mit dem Mutterlande stehen und nur als Ausläufer der kontakten Masse des Ungarntums, nicht aber als abgesonderte Volkssplitter eingeschätzt werden müssen.

Natürlich beziehen sich die angeführten Zahlen auf den ursprünglichen, bei der Zerstückelung des Landes vorliegenden Tatbestand. Seither hat sich das Verhältnis infolge der Austreibung ungarischer Familien und der Ansiedlung von Angehörigen des Staatsvolkes zuungunsten des Ungarntums einigermaßen verschoben, doch noch immer nicht in dem Ausmaß, daß der ursprüngliche Charakter der ehemals ungarischen Gebiete von Grund auf umgestaltet worden wäre.

In religiöser Hinsicht ist die Lage ebenso verworren. Diesbezüglich sollen auch die Zahlen sprechen:

Tschechoslowakei:

Katholisch	2 112 000
Griechisch-Katholisch	603 000
Protestanten	618 000
Israeliten	232 000
Andere	3 000

Südslawien:

Griechisch-Orthodox	461 000
Katholisch	845 000
Protestanten	172 000
Israeliten	23 000
Andere	17 000

Rumänien:

Griechisch-Orthodox	1 809 000
Griechisch-Katholisch	1 226 000
Römisch-Katholisch	990 000
Protestanten	1 320 000
Israeliten	178 000
Andere	5 000

In der der römisch-katholischen Kirche feindlich gegenüberstehenden tschechischen Republik sind die Katholiken und Protestanten in den ehemals ungarischen Gebieten fast gleichmäßig auf die Slowaken, die Deutschen und Ungarn verteilt, während die Ruthenen durchweg der griechisch-katholischen Kirche angehören. Die Römisch-Katholiken umfassen 59,2 Prozent, die Protestanten 17,3 Prozent und die Griechisch-Katholiken 16,9 Prozent der Bevölkerung.

In Rumänien fallen nur 34,5 Prozent der Bevölkerung der ehemals ungarischen Gebiete auf die Staatsreligion, während die beiden katholischen Konfessionen 42,3 Prozent, die protestantischen Konfessionen 19,6 Prozent betragen und so der Staatsreligion zusammen weit überlegen sind. Die Orthodoxie und der griechische Katholizismus sind ausschließlich unter den Rumänen verbreitet, während sich die Römisch-Katholischen und die Protestanten aus Ungarn und Deutschen zusammensetzen.

Noch krasser sticht dies in Südslawien in die Augen, wo die griechisch-orthodoxe Staatsreligion nicht einmal die relative Mehrheit in den von Ungarn abgetrennten Gebieten aufweisen kann, da hier die serbische Orthodoxie bloß mit 30,4 Prozent dem auf Ungarn, Deutsche und Kroaten verteilten Katholizismus (56,6 Prozent) gegenüber vertreten ist.

Die Friedensverträge haben diesen verschiedenen Minderheiten gewisse Rechte zugesichert, die die neuen Staatsvölker jedoch in den seltensten Fällen respektieren. Um nachträglich ihre Ansprüche auf die neu erworbenen Gebiete rechtfertigen zu können, sind sie gezwungen, ihren Minderheiten gegenüber eine weitgehende Unterdrückungs- und Entnationalisierungspolitik zu befolgen. Die Entnationalisierungspolitik der neuen Staaten äußert sich in dreifacher Beziehung: in der Nichtachtung der politischen, der kulturellen und der persönlichen Rechte der Minderheitsbevölkerung.

I. Politische Entrechtung.

In der tschechoslowakischen Republik sind die politischen Rechte der einzelnen gesetzlich geschützt, so daß dort auch die Minderheiten sich politisch organisieren können. Weder das aktive noch das passive Wahlrecht ist ihnen vorbehalten, und so könnte auf diese Weise die Entrechtungspolitik nicht durchgeführt werden. Die politische Schwächung der Minderheitsbevölkerung erfolgt daher auf Grund eines mit den Minderheitsverträgen in direktem Widerspruch stehenden neuen Gesetzes, das die tschechische Staatsbürgerschaft an die Gemeindezuständigkeit, die Erwerbung der Gemeindezuständigkeit aber an eine schriftliche Aufnahmebestätigung knüpft. Da die wenigsten Ungarn schriftliche Unterlagen für ihre im alten Ungarn automatisch er-

worbene Gemeindezuständigkeit beibringen können, werden sie massenweise ihrer politischen Rechte beraubt und oft auch des Landes verwiesen.

In Rumänien besitzen die Minderheiten ebenfalls politische Rechte, die aber eher nur auf dem Papier stehen, weil die als Staatsbürger zweiter Klasse qualifizierten Ungarn in der Ausübung ihrer Rechte durch die Einschränkung der persönlichen Freiheit verhindert werden.

In Jugoslawien standen der ungarischen Minderheit anfangs überhaupt keine politischen Rechte zu. Mit der Zeit wurden die Ungarn den Buchstaben nach der Segnungen der „neuen demokratischen Freiheit“ ebenfalls teilhaftig, doch wußte man durch administrative Maßnahmen es noch immer zu verhindern, daß das jugoslawische Ungarntum sich seiner politischen Rechte hätte bedienen können.

II. Persönliche Entrechtung.

Die zielbewußte Entnationalisierungspolitik der Staaten der kleinen Entente äußert sich in unmittelbarer Auswirkung auf die persönlichen Verhältnisse der Angehörigen der Minderheitsbevölkerung

- a) in den noch immer üblichen Ausweisungen,
- b) in den Verfügungen der Agrarreform, die überall minderheitsfeindliche Ziele verfolgt,
- c) in der den Angehörigen des Staatsvolkes gegenüber unverhältnismäßig schweren Steuerbelastung,
- d) in der Nichtzulassung zu staatlichen Aemtern und der absichtlichen Hemmung der Minderheitswirtschaft und
- e) in den mannigfachsten Formen der Einschränkung der persönlichen Freiheit.

III. Kulturelle Entrechtung.

a) *Schulwesen.* In der Tschechoslowakei herrscht das Prinzip des staatlichen Unterrichts vor. Die konfessionellen Schulen sind zwar zugelassen, doch müssen sie sich selbst erhalten. Die Minderheitsbevölkerung ist den Lasten der Schulerhaltung nicht gewachsen, und so gehen die Schulen nacheinander in den Besitz des Staates über. Die Verstaatlichung ist aber gleichbedeutend mit Entnationalisierung, da auch dort, wo der Minderheitsunterricht bestehen bleibt, tschechische Parallelklassen errichtet werden, die dem Minderheitsunterricht starken Abbruch tun.

In Südslawien wurde das Prinzip des staatlichen Unterrichtes auf der ganzen Linie verwirklicht und der konfessionelle Unterricht vollständig vernichtet. Für die Minderheiten wurde in einer beschränkten Anzahl von Schulen ein stark mit dem Serbischen vermischter Unterricht in der Muttersprache bewilligt, doch wurde der höhere Unterricht in der Muttersprache unmöglich.

In Rumänien wurden sämtliche vom ungarischen Staat erhaltenen Schulanstalten in staatlichen Besitz übernommen und rumänisiert. Die konfessionellen Minderheitsschulen blieben dem Prinzip nach als Privatschulen bestehen, doch wurde eine ganze Reihe von ihnen gesperrt, in den zahlreichen katholischen Ordensschulen wurde das Rumänische als Unterrichtssprache eingeführt, und nur eine beschränkte Zahl konnte natürlich mit stark gemischtem sprachlichem Unterricht eine gewisse Selbständigkeit bewahren, die aber rein illusorisch ist, weil diesen Schulen das Recht zur Ausstellung von Abgangszeugnissen entzogen wurde, was gleichbedeutend mit der Entziehung der Oeffentlichkeit ist.

b) *Minderheitskultur*. In allen drei Staaten der Kleinen Entente ist die Einführung von ungarischen Zeitungen und ungarischen Büchern zum Teil verboten, zum Teil einer strengen Zensur unterworfen. Die kulturelle Verbindung der ungarischen Minderheiten mit dem Mutterlande ist vollständig unterbunden.

c) *Kirchengüter*. Die Besitztümer der Minderheitskirchen wurden aus Anlaß der Agrarreform auf der ganzen Linie enteignet. Dadurch wurde den Konfessionen die Möglichkeit zur Erhaltung ihrer eigenen Schulanstalten und zur Wahrung ihres ursprünglichen Kulturbesitzes genommen.

Ein trauriges Bild, das sich aus dieser flüchtigen Zusammenstellung ergibt. Die Friedensdiktate haben an Stelle des einstigen Oesterreichisch-Ungarischen Nationalitätenstaates eine ganze Reihe von kleinen neuen Nationalitätenstaaten geschaffen, die eine einseitige aggressive Minderheitspolitik befolgen und durch ihren ungezügelten Chauvinismus eine ständige Beunruhigung für Ost- und Mitteleuropa bedeuten.

So sehen wir nun die Wirkungen des Trianoner Friedensvertrages. Die Abtrennungen des größten Teiles vom ungarischen Staatskörper sind weder rechtlich, noch historisch, noch geographisch oder ethnographisch, noch auch wirtschaftlich gerechtfertigt. Ungarn ist eine natürliche geographische und historische Gestaltung, die alle Stürme eines Jahrtausends siegreich überstanden hat. Die Integrität dieses Staatskörpers ist eine Bedingung des allgemeinen Friedens und ein eminentes Interesse der europäischen Politik. Kein einsichtiger Staatsmann kann sich der absoluten Notwendigkeit der Erhaltung dieser Integrität verschließen. Das gilt von jedem Gesichts-

punkte, von dem der Strategie so gut wie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte.

Für die ehrliche Lösung der ungarländischen Nationalitätenfrage bietet die erste und auch einzige Grundlage der Geist der uralten ungarischen Verfassung, die auch unter den Anforderungen der neuen Zeit nicht zusammenbrechen wird. Ihre Kraft liegt in der Gerechtigkeit!

OSZK

Bulgarische Minderheiten.

Die folgenden Hauptgruppen von *bulgarischen Minderheiten* sind zu unterscheiden:

- I. Die bulgarischen Minderheiten im SHS.-Staate:
 - a) in Serbisch-Mazedonien;
 - b) in den auf Grund des Friedensvertrages von Neuilly an Serbien abgetretenen albulgarischen Gebieten (in den Bezirken Tzaribrod, Bossilegrad).
- II. Die bulgarischen Minderheiten in Griechenland:
 - a) in Griechisch-Mazedonien;
 - b) in Griechisch-Thrazien.
- III. Die bulgarischen Minderheiten in Rumänien:
in Nord- und Süddobrukscha.
- IV. Die bulgarischen Minderheiten in der Türkei.

Während es sich bei der letzten Gruppe um eine völlige Wiederherstellung der früher von der Türkei anerkannten, nach dem Friedensvertrag von Lausanne gewissermaßen beschränkten oder aufgehobenen Rechte der in der Türkei lebenden Bulgaren handelt, eine Wiederherstellung, die man auf Grund freundschaftlicher Ausgleichs und Vereinbarungen zwischen der türkischen und der bulgarischen Regierung zu regeln hofft, ist es bei der *Gruppe III* so, daß sich die bulgarische Bevölkerung in Rumänien, welcher an sich rein juristisch ein gewisses Maß von Rechten zugestanden worden ist, de facto eine Denationalisierungs-, Kolonisierungs-, Enteignungs- und Agrarpolitik sowie eine systematische Unterdrückung gefallen lassen muß.

Die Bulgaren in den beiden Teilen Dobrukschas (Nord und Süd) bilden die kompakte Masse der Bevölkerung. Was den nördlichen Teil Dobrukschas anbetrifft,

der durch die Bestimmungen des Berliner Vertrages 1878 an Rumänien als Tausch für die Abtretung Bessarabiens an Rußland zugeteilt worden ist, so führen wir eine, wenn auch alte Statistik an, welche lediglich das Verhältnis der Nationalitäten uns aufzuzeigen vermag.

Die Bevölkerung von Norddobrudscha im Jahre 1877

(nach Teploff, Documents pour une statistique de la Bulgarie, la Thrace et la Macedoine — St. Petersburg 1877, S. 204—205):

Türken	22 900
Bulgaren	51 100
Rumänen	28 500
Griechen	3 250
Tartaren	43 300
Deutsche	1 700
Israeliten	2 900
Armenier	800
Zigeuner	650
Tscherkessen	6 600

Selbstverständlich entsprechen diese Zahlen den heutigen Verhältnissen nicht, da sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt hat und da in der Zwischenzeit große Verschiebungen stattgefunden haben (so Auswanderungen zumal der Türken; Zustrom von rumänischen Kolonisten).

Was den südlichen Teil Dobrudschas betrifft, der durch den Friedensvertrag von Bukarest 1913 sowie durch den Friedensvertrag von Neuilly 1919 wiederum an Rumänien zugeteilt wurde, so ist dort die Bevölkerung nicht von derselben Buntheit wie in der Norddobrudscha. Das bulgarische Element in Süddobrudscha ist das meist- und schwerwiegende. Hierüber statistische Daten anzu-

führen, wäre überflüssig, weil, wie bereits erwähnt, bei der Frage der *bulgarischen Minderheiten* in Rumänien es sich nicht um eine Frage der prinzipiellen Anerkennung der Minderheiten handelt, sondern um die faktische Garantierung der Rechte derselben.

Was dagegen die beiden ersten Gruppen betrifft, so ist folgendes zu unterscheiden und zu bemerken:

Sowohl in bezug auf Griechenland als auch auf Jugoslawien existiert eine grundsätzliche Frage — denn in den beiden Staaten sind die bulgarischen Minoritäten überhaupt nicht als solche anerkannt. Der Standpunkt der griechischen Regierung (nach einem diesbezüglich sehr bemerkenswerten Schwanken, welches in der ursprünglichen Annahme und der späteren Verwerfung eines unter dem Protektorat des Völkerbundes im Jahre 1924 zwischen der griechischen und bulgarischen Regierung vereinbarten *Protokolls zum Schutze der Minoritäten* seinen Ausdruck findet) ist der, daß die mazedonischen und thrazischen Bulgaren „*slawophone*“ oder „*bulgarophone*“ Griechen seien und aus diesem einfachen Grunde sich keiner besonderen Stellung erfreuen sollen, daß es folglich vielmehr eine Aufgabe der griechischen mütterlichen Herrschaft sei, sie zur griechischen Muttersprache und -nation zurückzuführen. Aus diesem Grunde sind ja in Griechenland sämtliche Rechte (kirchliche Rechte, Schulrechte, Autonomien, nationale kulturelle Einrichtungen), die die mazedonischen und thrazischen Bulgaren unter türkischer und bulgarischer Herrschaft besaßen, aufgehoben worden. Unter diesen Voraussetzungen hat sich insbesondere in den letzten Jahren ein besonderes Flüchtlingswesen ausgebildet, das zumal durch einen eigenartigen Gebrauch der „vertragsmäßigen“ sog. „Austauschbefugnis“, betreffend den Umtausch der Bevölkerungen, noch tiefer gefördert wird.

Ein fast ganz rechtloses Regime, dessen Erscheinungen Unterdrückung, Denationalisierung, Ausweisung, Vertreibung aus den heimatlichen Herden u. dgl. sind.

Aehnlich und noch krasser ist die Lage der bulgarischen Minderheiten im SHS.-Staate gestaltet. Unter der Parole des „Südslawentums“ leugnet die SHS.-Regierung ein jegliches Vorhandensein in den mazedonischen wie auch in den neu- oder alterworbenen altbulgarischen Gebieten ab. Diesem gestrengen Standpunkte konsequent, betreibt die serbische Regierung die radikale Denationalisierungs- und Gewaltpolitik gegenüber den bulgarischen Bevölkerungsschichten. Gerade hier sind die Ausweisungen, Vertreibungen am Platze, welche mit einem besonderen chauvinistischen Uebereifer, zumal gegenüber den aufgeklärten, der allgemein betriebenen „Verserbung“ schwer nachgebenden Elementen vorgenommen werden. Hierin muß man auch die tieferen Ursachen für das Wiederaufleben der inneren mazedonischen revolutionären Bewegung suchen, eine Bewegung, welche in objektiver Ermangelung von rechtlichen Mitteln zur Erlangung der elementarsten nationalen, religiösen und kulturellen Rechte, die Fahne der politischen Unabhängigkeit Mazedoniens erhebend, der Rechtlosigkeit und den chauvinistisch inspirierten serbischen Gewaltmethoden mit den Waffen zu begegnen sucht.

Den Kern des bulgarischen Minderheitenproblems bildet somit die sogenannte *mazedonisch-thrazische Frage*. Nach folgenden Statistiken für Mazedonien in seinen geographischen Grenzen (der alten türkischen administrativen Einteilung nach in 53 Distrikten) beläuft sich seine Bevölkerung:

Nach einer tschechischen Statistik (s. Vladimir Sis, Mazedonien, Zürich 1918):

Für das Jahr 1912:

Bulgaren (Christen und Mohammedaner)	1 047 012
Griechen	520 845
Albaneser	184 000
Walachen	67 865
Zigeuner	43 100
Verschiedene (Tscherkessen usw.) . . .	106 360

Für das Jahr 1917:

Bulgaren	996 890
Türken	480 000
Griechen	333 360
Albaneser	130 000
Walachen	58 000
Zigeuner	43 370
Verschiedene	106 360

Nach einer amerikanischen Statistik von 1917 (siehe L. Dominian, *The frontiers of language and nationality in Europe*. Published for the American Geographical Society of New York 1917) verteilen sich die christlichen Bewohner von Mazedonien in vier Gruppen — je nach ihrer Muttersprache:

Bulgaren . .	1 172 136	oder 81,5 %	} von der christ- lichen Be- völkerung.
Griechen . .	190 047	„ 13,22 %	
Walachen . .	63 895	„ 4,44 %	
Albaneser . .	12 006	„ 0,84 %	

Nach einer bulgarischen Statistik für das Jahr 1912 (s. *La Question macédonienne* par J. Ivanoff Parts 1920) beläuft sich die Bevölkerung in ganz Mazedonien (in 53 Distrikten) wie folgt:

Bulgaren	1 103 111
Türken	548 225
Griechen	267 862
Walachen	79 401
Albaneser	194 195
Zigeuner	43 370
Verschiedene	106 360
	<hr/>
	2 342 524

Nach der durch den Friedensvertrag von Neuilly geschaffenen Lage sind von den alten 53 25 Distrikte bei Griechenland, 23 bei Serbien und 5 Distrikte mit einer Bevölkerung von nur 214 770 bei Bulgarien verblieben.

Nach einer Statistik für das Jahr 1906 war die Zahl der Kirchen, Kapellen und Klöster in Mazedonien folgenderweise verteilt:

Exarchistische (bulgarische) Kirchen und Kapellen	1232
Klöster	51
Patriarchistische Kirchen und Kapellen	569
Klöster	40
Serbische Kirchen und Kapellen	68
Klöster	9
Allgemeine Kirchen und Kapellen	44
Klöster	1
Gemischte Kirchen und Kapellen	31
Klöster	—
	<hr/>
Im ganzen: Kirchen und Kapellen	1944
Klöster	101

Während die Exarchisten *ausschließlich* Bulgaren (Schismatiker) sind, ist der Begriff der Patriarchisten viel weiter, weil er auch sehr viele Bulgaren umfaßt. Je nach der kirchlichen Verschiedenheit kann man die

Christen in Mazedonien folgenderweise verteilen — nach der Statistik des Richard v. Mach: Der Machtbereich des bulgarischen Exarchats, Leipzig-Neuchatel 1906, S. 80 bis 81 — in den damaligen 15 Diözesen:

Exarchisten:

Bulgaren	817 000
Walachen	2 382
Albaneser	2 718
Zigeuner	936
<hr/>	
Im ganzen	823 036

Patriarchisten:

Bulgaren, griechische Partei . .	261 036
Bulgaren, serbische Partei . . .	77 072
Griechen	35 930
Serben	—
Walachen	53 736
Zigeuner	7 614
Albaneser	3 318
Gagausen	3 048
<hr/>	
Im ganzen	441 754

Katholische Bulgaren	2 816
Protestantische Bulgaren . . .	2 400
Christliche im ganzen	1 320 784

Nach den Friedensverträgen von Bukarest und von Neuilly sind von den damaligen 15 Diözesen nur 2 unter bulgarische Herrschaft gekommen. Das ganze exarchistische Kirchwesen wurde von den Friedensverträgen von Bukarest und Neuilly vernichtet — die meisten exarchistischen Geistlichen vertrieben, die Kirchen griechisiert oder serbisiert. Damit wurde aber auch das Schulwesen auf das tiefste berührt.

Die Zahl der mazedonisch-bulgarischen in ganz Mazedonien (in den 14 Diözesen, in die das exarchistische Mazedonien vor dem Balkankrieg geteilt war) die folgende (s. Vladimir Sis op. cit. S. 90 ff.):

In ganz Mazedonien.

Für das Jahr	Schulen	Lehrer	Schüler
1886—1887	353	516	18 315
1891—1892	473	734	21 070
1896—1897	696	1081	37 917
1899—1900	781	1221	39 973
1901—1902	859	1359	45 112
1911—1912	1141	1776	63 869

Dagegen hatten die Griechen in Mazedonien:

Im Jahre	Schulen	Lehrer	Schüler
1903—1904	538	994	35 610
1911—1912	590	1230	39 910

Die Serben hatten in Mazedonien:

Im Jahre	Schulen	Lehrer	Schüler
1903—1904	135	265	3 612
1911—1912	141	283	3 305

Dabei muß man nicht außer Betracht lassen, daß sehr viele von den bulgarischen (patriarchistischen) Schulkindern in griechischen Schulen instruiert wurden.

Von den im ganzen 1919 Städten und Dörfern in Mazedonien, die mit Bulgaren verwandt sind, sind im Jahre 1913 unter serbische Herrschaft 1180 mit 507 Schulen, unter griechische Herrschaft 422 mit 331 Schulen, unter bulgarische Herrschaft 300 gekommen; jedoch sind nach dem Friedensvertrag von Neuilly noch eine Reihe bulgarischer Städte und Dörfer (Strumitza-Distrikt) unter serbische Herrschaft gefallen.

Das mazedonisch-bulgarische Schulwesen wurde im Jahre 1913 und wiederholt im Jahre 1919 durch den Friedensvertrag von Neuilly vollständig vernichtet.

Thrazien in seinen geographischen Grenzen faßte nach der alten türkischen administrativen Einteilung 31 Distrikte um, deren Bevölkerung bis zum Balkankriege 1912 je nach der Sprache so verteilt war:

Türken	382 028
Bulgaren, Christen und Mohammedaner	410 724
Griechen	257 317
Walachen	804
Albaneser	13 800
Israeliten	22 118
Armenier	16 808
Zigeuner	498

Die christliche Bevölkerung Thraziens war in kirchlicher Beziehung — in 12 Diözesen — folgendermaßen geteilt:

Exarchisten

Bulgaren	234 016
Walachen	—
Albaneser	—
Zigeuner	—

Im ganzen 234 016

Patriarchisten

Bulgaren, griechische Partei	61 096
Griechen	179 410
Walachen	924
Albaneser	13 800
Zigeuner	498

Im ganzen 255 728

Bulgarische Katholiken	2 682
Christliche im ganzen	492 432

Bis zum Friedensvertrage von Neuilly — 1919 — standen unter bulgarischer Herrschaft 14 Distrikte vom ganzen Thrazien, deren Bevölkerung mit kleinen Abweichungen folgende war:

Türken	230 112
Bulgaren, Christen und Mohammedaner	302 140
Griechen	88 385
Walachen	764
Albaneser	2 610
Israeliten	16 457
Zigeuner	468
Armenier	4 209

Nach den Bestimmungen der Friedensverträge von Neuilly und Lausanne ist auch ein großer Teil von diesen thrazischen Bulgaren unter griechische Herrschaft (mit Ausnahme eines kleinen Teiles, der unter die Türkei gekommen ist) gefallen und teilt dasselbe Schicksal wie seine mazedonischen Brüder.

Trotz jahrelanger, mühseliger Kämpfe befindet sich die Minoritätenfrage auf einem solchen Stand, welcher zu den größten und berechtigten Klagen der unter fremder Herrschaft lebenden Bevölkerung Anlaß gibt. Eine strenge Denationalisierungspolitik wird von den meisten Siegerstaaten geführt, welche sich nach zwei Richtungen hin kundtut. Entweder wird die Tatsache der Existenz von Minoritäten überhaupt nicht anerkannt und geleugnet, oder aber es wird, trotzdem dies zugegeben wird, eine offene und geheime Politik der

Unterdrückung, der Beeinträchtigung jeglichen kulturellen, geistigen, wirtschaftlichen, ja auch religiösen Lebens der Minoritäten betrieben.

Als Folge dieser Politik hat sich ein besonderes Flüchtlingswesen in allen durch die Verträge belasteten Ländern entwickelt. Noch sind in der Erinnerung frisch die massenhaften Ausweisungen der deutschen Bevölkerung aus Elsaß-Lothringen, vom Rhein, von der Saar und Ruhr, aus Posen und Westpreußen. Noch ist ganz Ungarn voll von Flüchtlingen, deren Leben unter den Fremdherrschaften unmöglich gemacht worden ist. Noch strömen tagtäglich nach Bulgarien Tausende und Abertausende von Flüchtlingen aus den in revolutionären Flammen glühenden Griechisch-Mazedonien und Thrazien und aus Serbisch-Mazedonien und der Dobrudscha.

Alle diese Flüchtlinge werden aber wegen der großen, allzu großen Not der Mutterstaaten selbst dem eigenen Schicksal und der Misere überantwortet, um nach den verzweifeltsten Versuchen ein wirtschaftliches Unterkommen zu finden, das Kontingent einer radikalen Bewegung zu bilden, wie dies uns die fürchterlichen Ereignisse in Bulgarien zeigten.

Die Auswirkungen der Friedensverträge.

Die Auswirkungen der Friedensverträge zeigen sich nicht bloß in den großen und gefährlichen sozialen, moralischen und wirtschaftlichen Krisen. Wohl sind soziales Elend, aufrührerische Erscheinungen, Revolutionierungen, sittliche Dekadenz, wirtschaftliche Instabilität, scharfe Klassenkämpfe, Vernachlässigung der religiösen Pflichten, Verfall der Wissenschaft, alle bedingt durch eine und dieselbe Ursache, alle logische Folgen der Friedensverträge — vom nationalen Standpunkt der

einzelnen von den Verträgen belasteten Staaten als höchste Uebel zu bezeichnen, die zur Verzweiflung genug Anlaß bieten. Aber alle diese Uebel sind von weit größerer Bedeutung für die gesamte europäische Welt; denn sie bedrohen die ganze europäische Kultur, sind die Zerstörer selbst der europäischen Kulturgüter. Sie bergen in sich die Keime neuer Weltkrisen und Weltkatastrophen, da sie anstatt die Gegensätze zu beseitigen, sie weiter vergrößert haben.

Aus diesem Grund und in dem Glauben, daß die wirkliche Befriedung Europas nur durch die Beseitigung der Ursachen dieser Gefahren und Uebel zu erreichen sind, daß die Ausschaltung der Gegensätze, die tiefer als je die Völker trennen, die wirkliche Sicherheit nur durch eine gerechte Revision aller Friedensverträge möglich ist, daß die Harmonie und das Vertrauen unter den Nationen nur durch Verständigungs- und Versöhnungswillen verwirklicht werden kann, wollen wir, und alle diejenigen, die guten Willens sind, unsere Kräfte daran setzen, die revisionistische Aktion zu fördern, zu verbreiten und ihr zum Siege zu verhelfen.

Die Frage der Rechtsgültigkeit der Friedensverträge.

Indem wir nun kurz, aber der Wirklichkeit entsprechend, die durch die Friedensverträge geschaffene Lage geschildert haben, müssen wir wohl an dieser Stelle auch die mehr als problematische Rechtsgültigkeit der Diktate berühren. Diese Frage ist nämlich bei der notwendigen Revision dieser Dokumente von allergrößter Wichtigkeit. Nach dem französischen Code civil, den bürgerlichen Gesetzbüchern Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz usw. bildet im Privatrecht eines der wesent-

lichsten Merkmale eines Vertrages die beiderseitige freie Willensäußerung der Parteien; ein unter Bedrohung erzwungener Vertrag hat keine rechtliche Gültigkeit. Nicht so einfach liegt die Sache im Völkerrecht bei internationalen Verträgen, doch ist die rechtliche Gültigkeit, z. B. für den Vertrag von Lausanne, gewiß ganz unzweifelhaft. Das gleiche gilt für die Friedensverträge, die Sowjetrußland seit 1920 mit den Republiken Estland, Lettland, Finnland und Polen abgeschlossen hat. Selbst bei dem durch den Artikel 116 des Versailler Vertrages aufgehobenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk ist die freie Willensäußerung beider Teile nicht anzuzweifeln, denn Rußland war im Beginn des Jahres 1918 in der Lage, weiterzukämpfen, und konnte den Krieg noch ebenso gut „gewinnen“ wie Haiti, Guatemala u. a. —

Ganz anders verhält es sich mit den hier in Rede stehenden Friedensdiktaten. Juristisch ganz unhaltbar erscheint hier schon die seltsame, auf Wilson zurückzuführende Verkoppelung der eigentlichen Verträge mit den weltorganisatorischen Satzungen über den Völkerbund und die Arbeit, die in den Abschnitten I und XIII des Versailler Vertrages enthalten sind, und materiell ihrem inneren Wesen nach, in gar keinem Zusammenhang mit den Verträgen stehen, zum Teil sogar in bezug auf internationale und soziale „Gerechtigkeit“ dem parteiischen Geiste der Verträge direkt widersprechen. Die betreffenden Teile des Versailler Diktats müssen juristisch als ein Kollektivvertrag der Siegerstaaten aufgefaßt werden, dessen Kundgebung an die besiegten Staaten rechtlich ganz belanglos ist, insbesondere in ihrer Wiederholung in den Verträgen von Trianon, St. Germain und Neuilly. Lansing, der juristische Beirat des Rates der Vier in Paris, suchte die Entstehung dieses diplomatischen „Werkes“ zu verhindern und bekämpfte

daher sehr energisch, aber erfolglos, die Aufnahme der betreffenden Satzungen in die Friedensverträge. Lansing hat sich bekanntlich überhaupt sehr bitter darüber beklagt, daß in Paris jede von Juristen ausgehende und eine juristische Lösung anstrebende Lösung vom Rate der Vier, namentlich auch von Wilson, ganz systematisch unbeachtet gelassen wurde. Bei einer Revision der Verträge müßten diese beiden Teile, die nichts miteinander zu schaffen haben, völlig getrennt werden, doch wäre diese formelle Richtigstellung für das Schicksal des unter dem Joche der Diktate leidenden Europa natürlich nur von untergeordneter Bedeutung.

Was nun die eigentlichen Verträge betrifft, so wird ihre Rechtsgültigkeit, ebenso wie die oben erörterte Frage, neuerdings öfter sachlicher Begutachtungen unterzogen. Man darf zunächst darauf aufmerksam machen, daß eine positive Bestimmung über die rechtliche Gültigkeit *erzwungener* Verträge im internationalen Recht völlig fehlt, so daß die Ansichten der Völkerrechtslehrer in dieser Frage sehr auseinandergehen. Manche meinen, daß der Zwang die Gültigkeit eines internationalen Vertrages unter keinen Umständen beeinflussen könne. Dieser ganz falschen Ansicht, nach welcher auf politischem Gebiet jede Gewalttat als rechtlich legitim angesehen werden müßte, sind die bedeutendsten Juristen entgegengetreten. Diese sind der Meinung, daß ein erzwungener internationaler Vertrag überhaupt kein wirklicher Vertrag sei, wenn er auch tatsächlich aus politischen Gründen gehalten werde. Auch wenn man in den internationalen Beziehungen annehmen wolle, daß solche Verträge gültig seien, so solle man wenigstens nicht behaupten, daß diese Gültigkeit eine rechtliche sei, weil es keinen Rechtssatz gebe, der diese Gültigkeit ausspreche. Diese Grundsätze sind auch auf die Friedens-

diktate anwendbar, die ebenso wie andere internationale Verträge rechtlich ungültig sein könnten. Die rechtliche Ungültigkeit *erzwungener* Friedensverträge für gewisse Fälle wird von den Alliierten auch in dem Versailler Verträge indirekt anerkannt. Es geschieht das in der Einleitung zum Abschnitt über Elsaß-Lothringen (Art. 51—79). Es heißt dort, die vertragschließenden Mächte hätten die moralische Verpflichtung anerkannt, das „Unrecht“ wieder gutzumachen, das Deutschland im Jahre 1871 gegen das „Recht Frankreichs“ begangen habe. Mit diesem Ausdruck wird doch wohl von den Siegerstaaten der Frankfurter Vertrag von 1871 als rechtlich ungültig erklärt.

Beim Abschluß von Friedensverträgen kann die Situation des siegreichen und des besiegten Staates von Fall zu Fall große Verschiedenheiten aufweisen. Im allgemeinen aber pflegen wohl die meisten Friedensschlüsse, die die Weltgeschichte kennt, erzwungene Verträge zu sein. (Kein Vertrag jedoch in der Weise erzwungen, als die Diktate in den Pariser Vororten von 1919—1920.) In den allermeisten Fällen handelt es sich um einen einseitigen Rechtsakt, der in die Form eines Vertrages gekleidet ist.

Die vier Friedensverträge von Versailles, Trianon, Neuilly und St. Germain können jedoch nicht als einseitige Rechtsakte, sondern müssen vielmehr als einseitige Gewaltakte bezeichnet werden.

Bei der juristischen Begutachtung der Friedensdiktate darf deren Entstehung nicht gesondert vom Ursprung und Charakter des Krieges betrachtet werden. Vielmehr muß auch bei der juristischen Bewertung der Verträge für jeden objektiv und gerecht urteilenden Europäer die heute als einwandfrei festgestellte Tatsache des gerechten Abwehrkrieges ausschlaggebend sein. Auf

die vielbesprochenen und berüchtigten Artikel der Verträge, welche die alleinige Verantwortung für den Krieg den Mittelmächten aufbürden, haben wir schon an anderer Stelle hingewiesen. Diese Artikel bilden bekanntlich die mehr als fragwürdige rechtliche und moralische Grundlage der Verträge, welche durch die große Unwahrheit von der Schuld am Kriege, zu juristisch ganz unhaltbaren Aktenstücken gestempelt wurden. Wir müssen deshalb zur Schlußfolgerung gelangen, daß die Friedensverträge von Versailles, Trianon, Neuilly und St. Germain aus folgenden Gründen *keine rechtliche Gültigkeit und Rechtswirksamkeit besitzen*:

1. Weil alle Verträge unter Gewaltanwendung (Hungerblockade Mitteleuropas, mit der Vernichtung zahlloser Menschenleben innerhalb des schwächsten Teiles der Zivilbevölkerung) erzwungen wurden.
2. Weil alle Verträge auf eine falsche Voraussetzung aufgebaut sind (alleinige Schuld am Kriege), die selbst, wenn sie nur ein Irrtum im guten Glauben wäre, doch die rechtliche Gültigkeit aller Verträge aufhebt.
3. Weil alle Verträge, nach dem einwandfreien Zeugnis von Sachkennern (Lansing, Keynes u. a.), Forderungen enthalten, deren Erfüllung zweifellos ganz unmöglich ist.
4. Weil die Verträge Strafbestimmungen enthalten für Vergehen, die überhaupt gar nicht begangen wurden.
5. Weil alle Verträge ganz andere Bestimmungen enthalten, als den Mittelmächten feierlich unter Verbindlichkeit beim Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen zugesichert wurden.

Selbstverständlich würden bei einer gründlichen Revision der Diktate die wirtschaftlichen Interessen aller beteiligten Staaten eine ausschlaggebende Rolle spielen, aber die juristischen Fragen wären hier doch auch von sehr großer Bedeutung und müßten die nötige Basis für eine Aenderung abgeben.

Das Ausland zur Frage der Rechtsgültigkeit der Diktate.

Diese große Bedeutung der rechtlichen und gesetzlichen Seite der ganzen Frage ist auch in England mehr in den Vordergrund gerückt. Der englische Arbeiterführer Thomas sagte in einer am 19. August 1923 in Chesterton gehaltenen Rede: „Die juristischen Berater der britischen Krone müßten sich weniger mit der Frage beschäftigen, ob der Einbruch ins Ruhrgebiet ein legaler Akt sei, als vielmehr damit, ob der Versailler Vertrag überhaupt ein gesetzlich verbindliches Dokument darstelle, oder ob nicht ein Bruch der Waffenstillstandsbedingungen vorliege.“ Ganz im gleichen Sinne sprach sich gleichzeitig der „Manchester Guardian“ aus, der noch hinzufügt, für das jetzt in Europa herrschende Elend sei England im gleichen Grade verantwortlich wie Frankreich. Diese in England reichlich spät aufdämmernde Erkenntnis scheint jetzt doch den Boden für eine Revision der Verträge, und damit für die Rettung des schwer leidenden Europas vorzubereiten.

Denn abgesehen von dem wirtschaftlichen und finanziellen Chaos lassen sich auch die Imponderabilien der Völkergeschichte auf die Dauer nicht ungestraft vergewaltigen. Die auf Unaufrichtigkeit aufgebauten Diktate haben auf Menschenalter hinaus eine unüberbrückbare Kluft zwischen verschiedenen Nationen geschaffen,

und Gegensätze erzeugt, für die die Weltgeschichte diejenigen verantwortlich machen wird, die mit diesen Diktaten einen schweren Fehler begangen haben. Maßlos sind die Forderungen der Verträge, an den Maßstäben gemessen, wie sie die Geschichte uns an die Hand gibt.

Vergleich mit früheren Verträgen.

Gerade die Franzosen, die auf ihre Vergangenheit und das Genie Napoleons stolz sind, täten gut daran, die Lehren der Geschichte nicht ganz zu vergessen und heute gewisse Vergleiche zu ziehen.

Am 4. Juni 1814 sagte König Ludwig XVIII. in der von ihm selbst verfaßten Thronrede, die mit Genugtuung den befriedigenden Zustand Frankreichs hervorhob: „Die Welt umfassend war der Krieg; *nicht minder ist es die Versöhnung*“. Und unmittelbar nach dem Friedensschluß (30. Mai) schrieb Talleyrand der Herzogin von Kurland: „Der Friede ist gestern geschlossen worden auf der Grundlage der größten Gleichheit, ja geradezu des Edelmut.“

Am 19. September 1923 wird in der Thronrede der Königin Wilhelmine bitter darüber Klage geführt, in welche Not so unbeteiligte Länder wie Holland durch die Friedensdiktate geraten sind. Dort heißt es: „Die Interessen der ganzen Menschheit erfordern eine schnelle Lösung des Problems, sowohl in ideeller wie materieller Beziehung.“

Niemals ist eine Nation gerechter, humaner und ritterlicher behandelt worden, als 1814 Frankreich durch die damaligen Alliierten. Niemals sind bisher Kulturvölker so ungerecht behandelt worden, wie es durch die Friedensdiktate von 1919—1920 geschehen ist.

Was denken denn die Siegerstaaten, in deren oftmaligen Proklamationen die absolutistischen Monarchien so scharf kritisiert und bekämpft wurden? Ohne Parteinahme für absolutistische Monarchien, mögen sie doch die Haltung Preußens, Oesterreichs und Rußlands im Jahre 1814 betrachten. Warum beeilen sich nicht die Siegerstaaten, zur Wahrheit, zur Gerechtigkeit, zur gesunden Vernunft zurückzukehren, die man in den Pariser Vororten so verletzt hat?

Die Folgen der Fehler bei den Verträgen.

Die Erschütterungen und rapiden Uebergänge, die den Friedensdiktaten folgten, haben in dem Sturme der Leidenschaften, die sie begleiteten, das schönste Gewebe höherer Menschenbildung und feinerer Sittlichkeit zerrissen. Es ist ganz einleuchtend, daß die Fehler derjenigen Herren, die sich in Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly, wo sie als Diktatoren auftraten, auf einmal ganz nahe, am letzten, fernen Ziel der Menschheit glaubten, die dringendsten Bedürfnisse der Zeit aus den Augen verloren und ganz vergaßen, daß die Fehler, die sie verrichten, zu großen Katastrophen führen müssen.

Alle Aufmerksamkeit, alle Besorgnisse, alle Warnungen müssen jetzt dahin gerichtet sein, daß die schwere Last, welche die einzelnen Nationen tragen müssen, erleichtert werde, daß diese Völker wieder zum Leben erwachen könnten. Jedes absichtliche Bestreben, den großen Gang der Natur in der immer steigenden Verbesserung des menschlichen Geschlechts und seines Zustandes zu hemmen, ist nicht bloß ein fruchtloses Bestreben, sondern erweckt unfehlbar den Widerwillen derer, gegen welche es gerichtet ist.

Diejenigen Staatsmänner, die bei der Konstruierung der Pariser Friedensverträge mitgewirkt haben, scheinen die Idee der immerwährenden Perfektibilität der Menschengattung nicht anerkennen zu wollen. Diese Idee ist eine ebenso notwendige Vernunftidee, als jene der ewigen Fortdauer der Substanzen und hat, solange man sie so gebraucht, wie sie allein gebraucht werden muß, ihren hohen Wert. Sie wird nur dann trüglich und gefährvoll, wenn man sie in eine andere Sphäre hinüberziehen, wenn man damit in den Weltlauf pfuschen will, wenn man das Gesetz der Natur, nach welchem nichts plötzlich bewirkt werden kann, verkennt, wenn man sich einbildet, daß diese oder jene Operation auf einmal das Ideal realisieren, oder daß sie auch nur von einer Stufe der Vollkommenheit sogleich auf eine weit höhere, ohne daß die Mittelstufen betreten würden, führen werde.

Es gibt in allen menschlichen Verhältnissen und Unternehmungen einen Punkt der Reife, den die Natur der Dinge bezeichnet hat, und den wir ungestraft weder vorrücken, noch zurückdrängen können. In den Pariser Verträgen wurde dieser Gang der Natur zurückgedrängt, und bald wird sich die Fruchtlosigkeit jenes Bestrebens zeigen, welches die natürliche Entwicklung, mit verschleierte[n] Geistesaugen betrachtend, hemmen wollte.

Der Kampf um die Wahrheit.

Die Wahrheit ist, wofür die durch die Friedensdiktate in ihrer Entwicklung gehemmten Völker kämpfen. Auf der Grundlage der Wahrheit kann sich nur das Bewußtsein der Menschenwürde erneuern!

Finsternis umnachtet heute die Geister, also muß das Licht der Wahrheit das Dunkel verscheuchen; der Tod hat das Feld gewonnen, also gilt es, das Leben zu erobern.

Dann werden endlich die vielen Wunden Heilung finden können, dann wird für jedes Recht die Hoffnung auf die gebührende Geltung wieder aufblühen und der Glanz des Friedens wieder erstrahlen, nur dann können die Schwerter sinken und die Waffen den Händen entfallen.

Ja! Wir suchen die Wahrheit, und um ihr zu dienen, streben wir die Revision aller Friedenstraktate an! Wir suchen Klarheit, in der großen Frage der Schuld am Kriege, durch ein neutrales Schiedsgericht, das alle Dokumente und die Veröffentlichungen aller Archive (auch der geheimsten) zu prüfen hätte. Wir streben nach einer gerechten und den wahren Verhältnissen entsprechenden Lösung der Nationalitäten- und Minderheitenfragen, wir kämpfen also für einen Frieden auf neuer, gerechter Grundlage!

In seiner Encyclica „*Graves de communi*“ vom 18. Januar 1901 schreibt Papst Leo XIII.: „Strittige Fragen, deren Erörterung zur Verstimmung und Zwietracht führen können, müssen durch aufrichtige Forscher mit Billigkeit und gegenseitiger Achtung erörtert werden, damit die zwiespältigen Meinungen nicht auch zum Zwiespalt in Hinsicht auf das gewollte Ziel führen. Was aber immer jemand in Fragen, wo dem Zweifel Raum bleibt, für eine Meinung vorziehen mag, immer möge man innerlich bereit sein, ganz gewissenhaft auf den Ausspruch des apostolischen Stuhles hören zu wollen.“

In einem vorhergehenden Kapitel habe ich bereits Anhaltspunkte angeführt, welche uns geeignet erscheinen, auch die Kirche in der wichtigen Frage der Kriegsschuld als Schiedsrichter einzuladen.

Glaube und Wahrheit.

Selbst bei der Erforschung derjenigen Wahrheiten, die mit den natürlichen Kräften der Vernunft erkannt werden können, entbehrt der enge Kreis menschlichen Wissens oft der mächtigen Beihilfe höheren Erleuchtens. Denn in der natürlichen Ordnung gibt es nicht wenige Dinge, zu deren Auffindung und Erklärung die göttliche Offenbarung viel Licht bietet. Und zu diesen Fragen gehört wohl die Frage der Schuld am Weltkriege.

In diesem Zusammenhange darf man wohl an den mächtigen Bundesgenossen der Wahrheit, an das Gewissen der Völker, appellieren. „Das göttliche Gesetz“, sagt Kardinal Gouffet, „ist die höchste Norm der Handlungen; unsere Gedanken, Wünsche, Worte, Werke, alles, was der Mensch ist, ist der Herrschaft des göttlichen Gesetzes unterworfen; und dieses Gesetz ist die Regelung unseres Benehmens vermittelt unseres Gewissens. Daher darf es niemals erlaubt sein, gegen unser Gewissen zu handeln, wie das vierte Laterankonzil sagt: *Quidquid fiat contra conscientiam, aedificat ad gehennam.*“ Auf dem Gesetze des Gewissens und dessen Heiligkeit sind sowohl seine Autorität in der Theorie, als seine Macht im praktischen Leben begründet. Mit dieser Macht möge man zur Erforschung der Wahrheit in den strittigen Fragen gelangen.

Die Wahrheit legt deutlich dar die Natur und den Wert der einzelnen Dinge; nimmt der Mensch diese Kenntnis in sich auf und folgt er der erkannten Wahr-

heit, dann wird er nicht sich den Dingen, sondern die Dinge sich ihm unterwerfen; und indem so die Knechtschaft des Irrtums aufgehoben wird, gelangt er in den Besitz der edelsten Freiheit.

„Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch freimachen.“

OSZK

Anhang.

Die hier zum Abdruck gelangende deutsche Uebersetzung der Eingabe an den Heiligen Stuhl wurde in Rom im Jahre 1925 überreicht. Sie wurde im Interesse aller unter den Härten der Friedensverträge leidenden Völker verfaßt und betrifft das Gesamtinteresse der Nationen, ohne Unterschied der Konfessionen und Parteien ihrer Völker. Sie ist der Ausdruck der Sehnsucht nach einem ehrlichen und wirklichen Frieden, im Dienste dessen der Heilige Stuhl sich ununterbrochen bemüht.

An Seine Heiligkeit

den Papst Pius XI.

im Vatican.

Eure Heiligkeit!

Wenn wir vor die Stufen des Heiligen Stuhles in tiefer Ehrfurcht zu treten wagen, so tun wir dies einem hohen Herzensbedürfnis folgend, um Eurer Heiligkeit unsere Bitten und seelischen Sorgen zu berichten. Wenn jetzt im Heiligen Jahre die Tausende von Pilgern aus allen Weltteilen zum ökumenischen Zentrum, zum apostolischen Segen Eurer Heiligkeit strömen, so glauben wir, daß es auch unsere Pflicht ist, als bescheidene Bittfahrer nach Rom zu pilgern, und daß es auch uns vergönnt sein möge, im Namen der schwerbedrückten und bedrängten Völker, welche unter den ungerechten Härten der Friedensverträge aus den Jahren 1919 und 1920 zu leiden haben, um Unterstützung eines Werkes zur Linderung und Behebung der Not und der Uebel zu bitten. Daß wir im Namen aller unter den Verträgen von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly leidenden Völker, welche in bezug auf die Be-

hebung ihrer Leiden und Nöte notwendigerweise vereint und zusammenhaltend auftreten müssen, zu sprechen wagen, beruht nicht so sehr und nicht nur einer Ermächtigung von seiten der unter den genannten Verträgen leidenden Nationen, sondern auf einer Forderung der menschlichen, christlichen Moral. Deswegen glauben wir, daß eine Bewegung von Menschen der Nationen, welche unmittelbar unter dem Druck der Friedensverträge zu leiden haben, eine Bewegung, die von einem Friedenswillen getragen wird und die auch von ethischen Erwägungen ausgeht, volle Berechtigung finden soll. Wir glauben das um so mehr, als sich auch unter anderen Völkern, welche nicht unmittelbar unter dem Uebel zu leiden haben, die die Verträge angestiftet haben und die bis jetzt eine Pazifisierung der Geister und die Wiederherstellung der christlichen Gemeinschaft der Welt verhindern, sehr viele Persönlichkeiten gefunden haben, die für eine Besserung der Verhältnisse auftreten. Das ist ein gutes Zeichen und gibt zu optimistischen Erwartungen für die künftigen innigeren Beziehungen der Völker Anlaß. Begründet im Friedenswillen, getragen von den Ideen der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit und nicht von umstürzlerischen, alles verneinenden Kräften in bezug auf die Fragen des Friedens, sucht die Bewegung für die Durchsicht der Friedensverträge über die Grenzen des Nationalen hinaus alle Anhänger der Besserung im Sinne einer besseren Gerechtigkeit und eines dauernden Friedens zu vereinigen, um auf dem Boden der Legalität und des Friedens die Erkenntnis und die Ueberzeugung von der Härte der Friedensverträge, sowie von der Notwendigkeit einer friedlichen Revision bei allen Menschen und Völkern durchdringen zu lassen.

Fürwahr, drei Punkte sind es, welche dem Gewissen der Welt widersprechend, religiös, moralisch, politisch und wirtschaftlich ungerecht und widersinnig, die wirkliche Verständigung unter den Völkern unmöglich machen, die Wiederherstellung der europäischen Kulturgemeinschaft der Nationen hemmen und die christliche Moral stark gefährden. Von diesen drei Punkten geht die revisionistische Bewegung aus, und wir erlauben uns, die Aufmerksamkeit Euerer Heiligkeit auf sie zu lenken.

Die Kriegsschuldfrage, welche im Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages und in den Bestimmungen der anderen in Paris zustande gekommenen Verträge, die bekannte, einseitige Festlegung durch politisch interessierte Mächte die Schuld Deutschlands und der anderen während des furchtbaren Krieges mit ihm zusammengehenden Staaten inauguriert, bildet die ethische Basis des Werkes von Paris und will die unerhörte und unhumane, in der Geschichte einzig dastehende Strenge der Verträge rechtfertigen. Allein dank der Forschungsarbeit der Wissenschaft in den verschiedenen Ländern, dank der Veröffentlichung der Geheimarchive Deutschlands und Rußlands, dank der unwiderlegbaren Kraft der geschichtlichen Tatsachen kann man nicht nur die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands und der übrigen im Kriege besiegten Staaten entkräften, kann man die Kriegsschuldfrage nicht mehr als eine „res judicata“ im Sinne der Sieger betrachten, sondern man darf vielmehr die ganze Schuldfrage in ein sehr ungünstiges Licht für einzelne der Siegerstaaten setzen. Denn allen einseitigen Behauptungen und allen nur auf ganz äußerlichen und unwesentlichen Merkmalen ruhenden Festlegungen und formellen Sätzen kann man die

geschichtlichen Tatsachen in den folgenden Entwicklungsetappen des Krieges entgegenstellen.

A. *Der Mord von Serajewo.* Er ist zweifellos ein politischer Mord par excellence gewesen. Hierüber hat Seaton Watson sich an den Präsidenten der serbischen Skupschtina schriftlich und öffentlich gewandt. Die Frage nach der Beteiligung der offiziellen Faktoren der serbischen Politik an diesem Morde kann insoweit beantwortet werden, als man die folgenden geschichtlichen Tatsachen festhält:

1. Die Vorbereitung und Anstiftung des Mordes durch den Vorsteher der nationalistischen, breite Schichten des serbischen Offizierkorps und des serbischen öffentlichen Lebens umfassenden Geheimorganisation „Schwarze Hand“, den Obersten Dragutin Dimitrijewitsch, den Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes.

2. Das Mitwissen der offiziellen Männer der Regierung (des Ministerpräsidenten Paschtsch, des Unterrichtsministers Ljuba Jowanowitsch) von dem Vorhaben der nationalistischen Verschwörer (s. das Werk von *Professor Stanoja Stanoewitsch* 1. die „Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“, 2. „Nach dem Veitstage des Jahres 1914“, enthalten im Buche „Slawisches Blut“, und die *Memoiren des Ministers Ljuba Jowanowitsch*.

3. Das passive Verhalten der serbischen Regierung diesem Vorhaben der nationalistischen Verschwörer gegenüber und das Zulassen der Ueberschreitung der Grenzen des serbischen Königreiches durch die Attentäter.

4. Die Rolle, die die offiziellen russischen Vertreter in Belgrad — sowohl der kaiserliche russische Gesandte als auch der kaiserliche russische Militärattaché — gespielt haben, weist auf eine wenn nicht von der russi-

schen Regierung selbst, so doch von deren Vertretern in Belgrad getragene Mitwisserschaft an der Vorbereitung und der Ausführung des Attentats von Serajewo.

Somit ist die geschichtliche Tatsache, daß es sich in Serajewo um einen politischen Mord par excellence handelte, in einem für Serbien sehr ungünstigen Sinn bekräftigt worden, desselben Serbiens, das noch heute den Mördern als nationalen Helden Huldigungen darbringt. Und zwar handelt es sich bei diesem Attentat um die Ermordung des künftigen Repräsentanten der österreichisch-ungarischen Monarchie, um die Zwangsbeseitigung des Oberhauptes eines auf dem Prinzip der Autorität und der christlichen Obrigkeit beruhenden Staatswesens — was gleichbedeutend war mit einem mörderischen Stoße gegen den Staat als solchen. Man wird deswegen das österreichisch-ungarische Ultimatum nicht mehr, wie oft von manchen Seiten behauptet worden ist, als einen Vorwand zur Erklärung eines langgewünschten Expansionskrieges betrachten können, sondern als einen Akt defensiven Charakters, als einen Akt staatlicher Selbstverteidigung und Notwehr und der Wiederherstellung staatlicher Moral. Nicht als Rechtfertigung, sondern als Beweis für ähnliche Schritte europäischer Regierungen — auch noch in der Nachkriegszeit — sei auf das Vorgehen Italiens gegen Griechenland anläßlich der Ermordung eines italienischen Offiziers auf griechischem Boden, sowie auf das Verhalten Großbritanniens gegen Aegypten aus Anlaß des Mordes an dem englischen Oberbefehlshaber Sir Lee Stack hingewiesen. Dabei waren die Schritte Italiens und Englands gegen Griechenland und Aegypten gar nicht einmal unter denselben bedeutungsvollen Voraussetzungen wie derjenigen Oesterreich-Ungarns nach dem Morde von Serajewo erfolgt. Die Maßnahmen Italiens

und Englands waren nicht wie die Oesterreich-Ungarns als Antwort auf eine abscheuliche Verschwörung gegen das künftige Oberhaupt einer alten katholischen Dynastie und gegen den Staat selbst entstanden; und dennoch wurden sie von der öffentlichen Meinung der Welt als Wahrung berechtigter staatlicher Interessen und als Akte staatlicher — europäischer Moral angesehen.

B. *Die offizielle Erklärung Oesterreich-Ungarns vom Ende Juli 1914.* (Der Schritt des Grafen Berchtold in Petersburg, sowie der des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Szeesen in Paris.) Die Erklärung zielte darauf, das österreichisch-ungarische Ultimatum und seine wahre Natur und Bedeutung als einen defensiven Akt der Selbsterhaltung vor der ganzen Welt feierlich zu proklamieren, sowie vor der europäischen Welt die Verpflichtung zu übernehmen, daß Oesterreich-Ungarn keine territoriale Vergrößerung von Serbien erheische, daß sein Vorgehen lediglich als eine Vergeltungsmaßnahme zur Untersuchung und zur Bestrafung der grausamen Tat aufzufassen ist. Letzten Endes ist die Tatsache hervorzuheben, daß Oesterreich-Ungarn, als der Konflikt für den europäischen Frieden drohendere Ausmaße anzunehmen schien, die im Ultimatum festgesetzte Frist verstreichen ließ, ohne militärisch vorzugehen.

C. *Die Bestrebungen Deutschlands*, als eine allgemeine europäische Explosion drohte, den Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren, damit es nicht zu einem allgemeinen europäischen Kriege komme. Diese Bestrebungen sind enthalten in den offiziellen Erklärungen der deutschen verantwortlichen Faktoren — so auch die Garantieübernahme seitens Deutschlands zur Verpflichtung Oesterreich-Ungarns, keine Annexionen von Serbien zu erstreben — und sie treten als letzte Versuche einer vom Friedens-

willen getragenen Politik hervor in den Appellen des deutschen Kaisers an den russischen Zaren zur Erhaltung des Weltfriedens.

D. *Die Intervention Rußlands.* Seine von panslawistischen Momenten und von dem Drange nach dem Besitz der Meerengen Bosphorus-Dardanellen bestimmte, vom Willen zum Kriege geleitete und „auf kriegerische Vorbereitungen“ bezogene Politik (um einen Ausdruck eines seiner bedeutendsten Diplomaten zu gebrauchen — siehe Brief Iswolskis an den Außenminister Sassonow vom 18. Juli 1912), eine Politik, die sich mit der serbischen völlig identifizierte, ist der entscheidende Faktor in der Entwicklung des Krieges gewesen. Die *unbedingte* Unterstützung mit diplomatischen und kriegerischen Mitteln, welche Rußland Serbien versprochen hat und welche Rußland noch am 28. Juli 1914 mit einer Teilmobilmachung zum Ausdruck brachte, sodann die allgemeine russische Mobilmachung vom 30. Juli 1914 als die erste einer Großmacht — mitten in den Möglichkeiten einer europäischen Verständigung, wenigstens aber einer Lokalisierung des Konfliktes — führten mit der Kraft des „Fait accompli“ die Bestrebungen der vermittelnden Mächte, an erster Stelle Deutschlands, ad absurdum und stießen so die Fackel des Brandes in die Welt. Wenn man dabei die Gesamtheit der Beziehungen Rußlands zu Serbien einerseits im Auge behält, andererseits aber die zu Frankreich verfolgt, insbesondere das schon Jahre vor der Katastrophe von Serajewo vorhandene Bemühen Iswolskis und Poincarés, den Krieg am Balkan seinen Vorsprung nehmen zu lassen, Bemühungen, für welche die Belege in den veröffentlichten Dokumenten aus dem kaiserlich russischen Geheimarchiv festgehalten sind, so wird man die in Paris inaugurierte These von der Vorbereitung und Verschuldung des Krieges nicht nur als

widerlegt zu betrachten, sondern vielmehr in das Gegenteil umzusetzen haben.

Den defensiven Charakter des Krieges auf der Seite der Zentralmächte weist auch der *Mangel an Vereinbarungen* unter den einzelnen Verbündeten auf, welche etwa auf Eroberungen fremder Länder, Annexionen u. dgl. kriegsziel-programmatisch abzielten. Nur Bulgarien wurde das Anrecht gewährt auf Desannexion ihm einige Jahre früher entrissener Gebiete und anderer Länder mit bulgarischer Bevölkerung, ein Anrecht übrigens, das ihm fast von der ganzen Welt und in zahlreichen internationalen Akten anerkannt worden ist, und das daher nicht als Eroberung im geläufigen Sinne zu betrachten ist. Sonst ist kein einziges programmatisches formales oder nicht formales Uebereinkommen unter den zentraleuropäischen Mächten anzutreffen, welches auf eine imperialistische Kriegsziel- und Eroberungspolitik, wie oft unbegründeterweise behauptet worden ist, hinweisen könnte. In diesem Sinne ist auch die Resolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 als ein historisches Dokument für die „Kriegsziellosigkeit“ des zentraleuropäischen Krieges zu betrachten. Und auch der Friedensschluß mit dem revolutionierten Rußland hat die Grundsätzlichkeit einer Politik „ohne Annexionen und Kontributionen“ bekräftigt.

Dagegen kann auf der Gegenseite festgestellt werden: der *Plan* der Aufteilung der österreichisch-ungarischen „Erbschaft“ — aufgenommen vor allem in den vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Hauptententemächten und den übrigen an dieser „Erbschaft“ interessierten Staaten; die „Desannexion“ von Elsaß-Lothringen für Frankreich; der Plan der Aufteilung der Türkei unter den interessierten Hauptmächten der Entente — aufgenommen in den Vereinbarungen der

Ententemächte vom 4. März 1915 und vom Frühjahr 1916 zwischen Rußland, England, Frankreich über die Verteilung des im Kriege „Erworbenen“ (siehe Memorandum, Arrangement au sujet de Constantinople et des détroits — Diplomatie secrète par Dr. Hansun, 1918, Seite 32 Nr. 3). Das sind die Kriegsziele, die konsequent verfolgt werden, und die die Grundlage des Friedensgebäudes von Paris bilden sollten. Das vor dem Kriege, am Anfang und während des Krieges geheim vereinbarte Kriegszielprogramm der alliierten und assoziierten Mächte sieht man auch zum größten Teil in den Verträgen von Versailles, Trianon, St. Germain, Neuilly und Sèvres verwirklicht.

Im Laufe des furchtbaren Krieges haben die zentraleuropäischen Mächte die edlen Bestrebungen des Heiligen Stuhles zur Schließung eines allgemeinen Friedens, zur Wiederherstellung der menschlichen Achtung und Liebe unter den Völkern lebhaft begrüßt und sind selbst mit Friedensvorschlägen — so der Kollektivschritt vom 12. Dezember 1916 — wie der des Grafen Burian vom 14. September 1918 — aufgetreten, jedoch ohne einen Gegenklang bei den Gegnern zu finden.

Obwohl die erwähnten Kriegsziele die wirklichen, aber geheimgehaltenen Ziele der Kriegspolitik der Ententemächte gewesen sind, wurde von diesen das bekannte Wilsonsche Programm, welches in seinen berühmten 14 Punkten in die ganze Welt hinausposaunt wurde, als das Kriegsprogramm der gegen den Militarismus und Imperialismus der zentraleuropäischen Mächte kämpfenden alliierten und assoziierten Mächte hingestellt. Die von dem Greuel des furchtbarsten aller Kriege ermüdeten und erschütterten Völker und Regierungen der zentraleuropäischen Staaten haben aber dieses Programm angenommen — einzig und allein im

Interesse der Befriedung, indem sie — so teuer und heilig ihnen die Kriegsoffer waren — gewillt waren, noch weitere Opfer zu geben, damit endlich die Katastrophe der Menschheit ein Ende nähme. Nachdem von den Regierungen der Ententemächte als erste Bedingung zur Verhandlung: die Niederlegung der Waffen, die Evakuierung der besetzten Regionen und die Demobilisierung der Armeen gestellt worden war, haben die Besiegten diese Bedingung erfüllt, in dem Glauben, daß die hohen Prinzipien das Programm des amerikanischen Präsidenten die Grundlage der Gestaltung der Beziehungen der Völker bilden werden, so wie es ihnen durch die amtliche Note, herausgegeben unter verbindlicher Zustimmung der alliierten Mächte, vom 5. November 1918 ausdrücklich und feierlich vertragsmäßig zugesagt worden war. Sie sind soweit gegangen in der Anpassung an den Siegerwillen, daß sie ihre Staatswesen von Grund aus umgestalteten, ja selbst ihre geschichtliche Vergangenheit leugneten und überhaupt die Geschehnisse der eigenen Länder der Willkür und der Disposition der westlichen Demokratien überantworteten, um mit ganz waffenlosen Händen vor einem von Willkür geleiteten Gremium in Paris zu erscheinen, um sich einem Diktat zu fügen, allein weil sie doch an den Triumph der Gerechtigkeit, der Liebe und der Vernunft fest glaubten. Je tiefer aber die Neigung und der Wille zum Frieden von den Besiegten gezeigt wurden, desto unerbittlicher wurde auch der Standpunkt der Staatsmänner der Siegerstaaten auf den Friedenskonferenzen, und das so feierlich von allen angenommene und inaugurierte Wilsonsche Programm hat sich als eine leere Fiktion erwiesen.

Trotz all der Enttäuschungen, trotz all der Erbitterungen und Unzufriedenheiten haben die Regierungen

der unterlegenen Völker auf den Schild ihrer Politik die loyale Ausführung der Diktate von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly erhoben, obwohl sie es wußten und wissen mußten, daß die Verträge auf die Dauer untragbar und unerfüllbar sind. Vor die Alternative gestellt: entweder den Krieg zur Befreiung aufzunehmen oder aber mit einem solchen Frieden sich zu beruhigen und sich auf den Boden der Verträge zu stellen, haben die Besiegten den zweiten, schweren Weg des ewigen Leidens, des endlosen Elends und Duldens gewählt. Das ist, wie es ein italienischer Politiker treffend bezeichnet hat, die Generosität der besiegten Nationen, daß sie noch größer sich gezeigt haben im Frieden und für den Frieden als im furchtbaren Kriege; denn kein einziges Volk würde das über sich ergehen lassen, was die besiegten Völker jetzt erdulden, und darin manifestiert sich wiederholt der Wille zum Frieden der Besiegten.

Allein nicht nur, daß die sogenannten Verträge schon streng und hart genug sind, wir sind Zeugen eines schlimmeren Schauspiels, welches sieben Jahre lang seit der Beilegung des Krieges immer weiter und weiter getrieben wird. Nicht genug, daß die Verträge ein Instrument zur völligen Lähmung der besiegten Völker sind, es werden auch diejenigen Bestimmungen, welche ausnahmsweise im Rahmen der Verträge den Besiegten Erleichterungen versprechen, vielfach verletzt. Die kleinsten, ja kleinlichsten und willkürlichsten Vorwände werden ausgenützt, um die Verträge, soweit sie einige Erleichterungen für die Unterlegenen bringen sollten, nicht anzuwenden. In einer großen und stummen passiven Resistenz hat eine hilflose Bevölkerung an der Ruhr in beispielloser Ausdauer monatelang unter den schlimmsten Bedingungen zu leiden gehabt. In diesem Zu-

sammenhang sei aber mit Dankesworten gedacht an jene edle Unterstützung und Hilfe, die ihr die Heilige Katholische Kirche und Ew. Heiligkeit zuteil werden ließen.

II.

Daß aber dies noch so viele Jahre nach der Beendigung des Krieges möglich ist, liegt wohl darin, daß die Verträge überhaupt es den Siegerstaaten gestatten, eine einseitige Auslegung ihres Sinnes und ganz dehnbare Bedeutungen ihrem Wortlaute zu geben; daß die Verträge auf die Dauer alle Besiegten mit einer ethischen *capitis deminutio* behaften. Denn den zweiten großen Punkt des Friedensproblems bilden die untragbaren wirtschaftlichen Lasten, die den Besiegten auferlegt worden sind.

Die durch die Friedensverträge als Schuldige am Kriege hingestellten Völker haben schwere wirtschaftliche Leistungen zu verrichten, deren Maß und Grenzen nach christlichen Anschauungen die sittliche Pflicht verletzen, die der Gläubiger auch seinem Schuldner gegenüber zu respektieren hat. Die Untragbarkeit solcher Bestimmungen hat sich bei der Durchführung in Deutsch-Oesterreich und Ungarn erwiesen, und die Gewährung von Moratorien an diese Staaten, die den unmöglichen Zustand auf einige Zeit verschieben, lassen nicht die Erkenntnis verschwinden, daß die Verpflichtungen, die das Deutsche Reich und Bulgarien durch besondere Abmachungen noch einmal auf sich genommen haben, die Wiedergutmachung der europäischen Wirtschaft nicht nur nicht fördern, sondern auch hemmen. In Deutschland ist außerdem die an sich schon für die Reparationsforderungen nicht ausreichende Wirtschaftskraft dadurch noch weiter geschwächt worden, daß ihm seine

Kolonien unter dem nicht stichhaltigen Vorwand genommen wurden, es sei zur kolonisatorischen Mitarbeit nicht befähigt. Die Treue und Anhänglichkeit seiner Eingeborenen und die erfolgreiche Bekämpfung der Schlafkrankheit und anderer Seuchen durch deutsche Aerzte und Kolonialbeamte beweisen zwar das Gegenteil; aber die geistige Einstellung der Sieger, ihre Behandlung der Besiegten als ihnen moralisch und kulturell nicht gleichwertiger Völker, das Prinzip der Ungleichheit haben die Herrschaft.

Nicht der Wille zu versöhnender Beseitigung der Verheerungen und Verwüstungen des Krieges in allen Ländern der Welt, nicht zuletzt der Wille zur Wiedergutmachung und Entschädigung der leidtragenden Angehörigen der Siegerstaaten, sondern die Zerstörung der Weltwirtschaft durch die Verhinderung des Ausbaues in den besiegten Ländern selbst, bringen all diejenigen Bestimmungen der Verträge, welche angeblich die Fragen der Wirtschaft und der Wiedergutmachungen regeln sollen und welche in der Tat und nach der Meinung aller weitblickenden Wirtschaftswissenschaftler aus allen Ländern der Welt nur als ein Widersinn der Wirtschaft selbst zu bezeichnen sind.

III.

Als dritter großer Punkt erscheint aber das vielleicht größte und brennende *Problem der Nationalitäten und Minoritäten*, das für die Welt eine weit größere Bedeutung hat, als es auf den ersten Blick erscheint.

Wenn man sich der durch die Friedensverträge geschaffenen Wirklichkeit zuwendet, so wird man das nachstehende Bild gewahren:

Die Losreißung von großen Gebieten mit deutscher Bevölkerung vom Körper des Deutschen Reiches: im Westen mit Umgehung des Wilsonschen Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes durch Ablösung Elsaß-Lothringens ohne Abstimmung und durch Absplitterung von Eupen-Malmedy durch eine Abstimmungsfarce sowie durch Absonderung des Saargebietes ohne Befragung der Saarbevölkerung; im Norden durch Wegnahme des zu 90 Prozent deutschen Tonderns entgegen dem Abstimmungsergebnis, im Osten die Abspaltung des rein deutschen Danzigs gegen den Willen der Bevölkerung; die Trennung Ost- und Westpreußens; die Zuteilung deutschbevölkerter Gebiete an den polnischen Staat, die oberschlesische Frage, welche trotz der vertragsmäßigen Abstimmung nach rein willkürlichen Gesichtspunkten in einer ganz unglücklichen Weise gelöst wurde; die Zuweisung Deutsch-Böhmens an den tschechoslowakischen Staat, des deutschen Südtirols an Italien — trotz der Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Die meisten und verzweifeltsten Klagen kommen aber aus Ungarn, dessen staatliche Existenz durch die willkürlichste und rücksichtsloseste Zerstückelung seines territorialen Bestandes stark gefährdet ist. Kein einziges Land gibt es wohl auf Erden, dessen Grenzen wie die Ungarns willkürlich mit der Schere geschnitten worden sind. Im Banat, in Baeska, in Transsylvanien, in der Slowakei ist sein Volk zersplittert und muß sich eine Herrschaft, die immer wieder von ihm gegenüber feindseligen Gefühlen getragen wird, gefallen lassen.

Auch Bulgarien wurden nicht nur seine nationalen Rechte auf mazedonisches und thrasisches Gebiet nicht anerkannt, sondern es wurden ihm eine weitere Reihe mit Bulgaren bevölkerter Gebiete von Serbien, Griechenland und Rumänien entrissen.

Das Schlimmste aber ist wohl, daß die sogenannte *Minoritätenfrage* sich immer noch auf einem solchen Stand befindet, welcher zu den größten und berechtigten Klagen der unter fremder Herrschaft lebenden Bevölkerungen Anlaß gibt. Eine strenge Denationalisierungspolitik wird von den meisten Siegerstaaten geführt, welche sich nach zwei Richtungen hin kund tut: Entweder wird die Tatsache der Existenz von Minoritäten überhaupt nicht anerkannt und geleugnet, oder aber es wird, trotzdem dies zugegeben wird, eine offene und geheime Politik der Unterdrückung, der Schikanierung, der Beeinträchtigung jeglichen kulturellen, geistigen, wirtschaftlichen, ja, auch religiösen Lebens der Minoritäten systematisch betrieben.

Als Folge dieser Politik hat sich ein besonderes Flüchtlingswesen in allen durch die Verträge belasteten Ländern entwickelt. Noch sind in der Erinnerung frisch die massenhaften Ausweisungen der deutschen Bevölkerung aus Elsaß-Lothringen, vom Rhein, von der Saar und Ruhr, aus Posen und Westpreußen. Noch ist ganz Ungarn voll von Flüchtlingen, deren Leben unter den Fremdherrschaften unmöglich gemacht worden ist. Noch strömen tagtäglich nach Bulgarien Tausende und aber Tausende von Flüchtlingen aus dem in revolutionären Flammen glühenden Griechisch-Mazedonien und Thrazien und aus Serbisch-Mazedonien und der Dobrudscha, welche unter den grauenhaftesten, schon in internationalen Akten festgestellten Formen bis nach den bulgarischen Grenzen verfolgt und vertrieben werden.

Alle diese Flüchtlinge werden aber wegen der großen, allzu großen Not der Mutterstaaten selbst dem eigenen Schicksal und der Misere überantwortet, um nach den verzweifeltsten Versuchen, ein wirtschaftliches Weiterkommen zu finden, das Kontingent einer radikalen Bewegung mit kommunistisch-marxistischen Programmen zu bilden, wie dies uns die furchterlichen letzten Ereignissen in Bulgarien zeigen.

Die Auswirkungen der Friedensverträge zeigen sich nicht bloß in den großen und gefährlichen, sozialen, moralischen und wirtschaftlichen Krisen in allen besiegten Ländern. Wohl sind soziales Elend, aufrührerische Erscheinungen, Revolutionierungen, sittliche Dekadenz, wirtschaftliche Instabilität, scharfe Klassenkämpfe, Vernachlässigung der religiösen Pflichten, Verfall der Wissenschaft, — alle bedingt durch eine und dieselbe Ursache, alle logische Folgen der Friedensverträge — vom nationalen Standpunkt der einzelnen von den Verträgen belasteten Staaten als höchste Uebel zu bezeichnen, die zur Verzweiflung genug Anlaß bieten. Aber alle diese Uebel sind von weit größerer Bedeutung für die gesamte europäische Welt; denn sie bedrohen unsere ganze europäische Kultur, sind die Zerstörer selbst der europäischen Kulturgüter und der Moral. Sie bergen in sich die Keime neuer Weltkrisen und Weltkatastrophen, da sie, anstatt die Gegensätze zu beseitigen, sie weiter vergrößert haben.

Aus diesem Grund und in dem Glauben, daß die wirkliche Pazifisierung der Welt, die Befriedung Europas nur durch die Beseitigung der Ursachen dieser Gefahren und Uebel zu erreichen sind, daß die Ausschaltung der Gegensätze, die tiefer als je die Völker trennen, die wirkliche Sicherheit und Abrüstung nur durch eine gerechte und friedliche Nachprüfung aller

Friedensverträge möglich ist, daß die Harmonie und das Vertrauen unter den Nationen nur durch gegenseitigen Verständigungs- und Versöhnungswillen verwirklicht werden kann, wollen wir unsere Kräfte daransetzen, um eine Aktion für die Idee der Verbesserung weit über die Grenzen des Nationalen hinaus in allen Ländern zu verbreiten. Denn eine solche Aktion, auf deren Fahne die Befriedung Europas geschrieben steht, wird wohl nicht nur zugunsten einzelner Nationen sein, sondern der ganzen Menschheit zum Vorteil gereichen.

Wir geben uns dem tiefen Glauben hin, daß Ew. Heiligkeit unsere Aktion mit Wohlwollen betrachten werden, und wie Ew. Heiligkeit bereits wiederholt in einer wundervollen Weise in den zahlreichen Enzykliken für die Aussöhnung der Menschheit und die Wiederherstellung des Friedens aufgetreten sind, auch unserem Beginnen den heiligen apostolischen Segen verleihen würden.

.....

Das Friedenswerk von Paris

und

Die Not der Völker

Vorträge, gehalten bei der internationalen Kundgebung
in der Aula der Berliner Universität am 16. Februar 1924

Preis RM. 1,50

Die Rach- und Zwietrachtsverträge von 1919 gründen sich auf eine erwiesene Lüge; ihre Wirkung war ein Unglück und eine Schande für die Menschheit. Im Interesse nicht nur von Deutschland und Ungarn, sondern jedes zivilisierten Landes muß gebieterisch eine Revision jener Verträge und eine anständigere gerechtere Regelung gefordert werden. Je eher der Tag dieser Neuordnung kommt, desto besser für alle Nationen, Frankreich eingeschlossen.

Der Versailler Vertrag und die Sanktionen

Von Dr. Conrad A. Wille

243 Seiten — geheftet RM. 6,—

Zum ersten Male wird in dieser hochinteressanten Arbeit ein in- und ausländisches Material zur Sanktionenfrage erschlossen, das bisher noch nicht vorgelegt und ausgewertet wurde. Der Verfasser weist nach, daß im Recht überhaupt keine Handhabe gegeben ist für die Besetzung der rechtsrheinischen Städte und des Ruhrgebietes und daß besonders das Verhalten der Truppen der alliierten Behörden völkerrechtswidrig ist. — Eine interessante Polemik gegen die französische Sanktionspolitik, sowie eine Analyse der englischen Politik hinsichtlich des Versailler Vertrages und der Reparationen beschließt das Buch.

VERLAG GEORG STILKE / BERLIN NW 7

